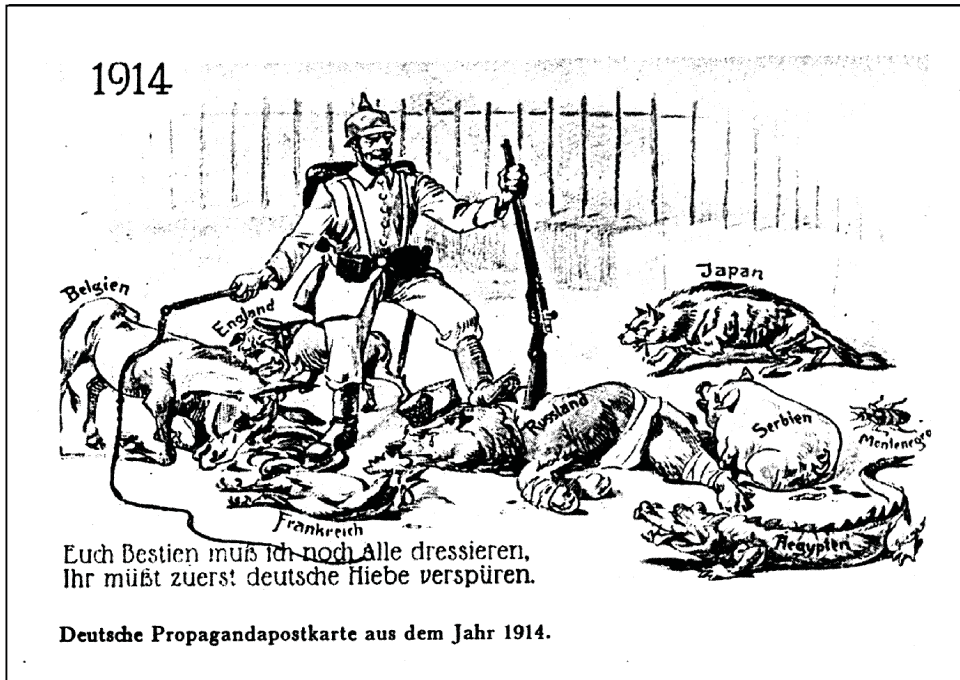


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Seite 3



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Kosovo: Der deutsche Krieg	3
Türkei-Syrien: Vorerst nur ein Pressekrieg	5
W. Grams: Selbstmordversion erschüttert	5
Nach der Wahl: Anforderungen an die neue Mehrheit	6

Auslandsberichterstattung

USA: L. Peltier ist seit 20 Jahren in Haft	8
Italien: Rifondazione entzieht Prodi das Vertrauen und spaltet sich	8
CR: Widerstand gegen NATO	9
Alternativer Appell	9
Wem gehört die tschechische Presse	10
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Köln: Aktion gegen Flugtag in Nörvenich	13
Interview: „Regionale Märkte weltweit schützen“	14
Kempten: Abschiebungsaufschub um zwei Monate	15
Schweinfurt: Ausländerbeirat gegen Mittelkürzung	15
Kommunalwahl in Brandenburg .	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
ÖTV: Orientierungsrahmen für die Tarifrunde 1999	19
HBV Hamburg: Gegen Laden- öffnung an Sonntagen	19
Autoboom kann bald zu Ende sein	20
Metalltarif: Diskussion ist eröffnete	20
Dienstleistungsgewerkschaft: Gewerkschaftstage entscheiden ..	21

Diskussion und Dokumentation

PDS M-V: Maßstäbe der PDS für eine neue Politik	22
W. Wolf: Analyse der Wahl und der neuen politischen Situation	23

Letzte Seiten

30. Todestag von Arnold Zweig ..	26
Šermola – die Republik der Verrückten	27

Termine	28
----------------------	----

AKTUELL IN BONN KOSOVO: Den Widerstand der PDS gegen die geplanten Militäraktionen gegen Serbien hat am 30.9. der Bundestagsabgeordnete der PDS, Wolfgang Gehrke, bekräftigt: „Es ist nicht hinzunehmen, daß die abgewählte Bundesregierung sich offenbar mit einem militärischen Knall aus dem Amt verabschieden will. Der heutige Kabinettsbeschuß, 14 Tornado-Kampfflugzeuge für einen NATO-Einsatz im Kosovo zur Verfügung zu stellen, wird von der PDS abgelehnt. Es ist im übrigen ein Affront gegenüber dem gerade neu gewählten Bundestag, eine solche Entscheidung ohne vorherige Debatte im Parlament zu fällen. Wir werden auf diese Debatte drängen. Wir kritisieren gleichfalls, daß die SPD sofort durch ihren außenpolitischen Sprecher Günter Verheugen ihre Zustimmung signalisiert hat, statt zumindest eine vorherige Bundestagsdebatte einzufordern. Wir hoffen, daß dies kein schlechtes Omen ist, wie eine SPD/Grünen-Regierung mit dem Bundestag umzugehen gedenkt. In der Sache markiert die Äußerung von Günter Verheugen das erste Beispiel nach der Wahl, wo und warum auch eine SPD/Grünen-Regierung eine linke Opposition mehr als nötig hat.“

CONTRA WOHNUNGSVERKAUF: Der Hauptpersonalrat des Bundesisenbahnvermögens (BEV) hat den von der noch amtierenden Bundesregierung ausgehandelten Verkauf von 112.600 Eisenbahnerwohnungen zunächst blockiert. Finanzminister Waigel hatte 1998 49% der Anteile des Bundes an den Eisenbahnerwohnungsgesellschaften verkaufen wollen und 1999 die restlichen 51%. Dafür waren im Bundeshaushalt 4,8 Milliarden DM Erlöse eingeplant. Die Eisenbahnergewerkschaft fordert gemeinsam mit dem Hauptpersonalrat für die bisherigen Mieter, zumeist alte Eisenbahner und ihre Familien, ein lebenslanges Wohnrecht und eine Begrenzung der künftig möglichen Mieterhöhungen.

FLÜCHTLINGE: Reformbedarf bei der Flüchtlingspolitik forderte am 2. Oktober zum „Tag des Flüchtlings“ die PDS-Abgeordnete Jelpke: „AsylbewerberInnen und Flüchtlinge stehen ganz unten in der Hierarchie der bundesdeutschen Gesellschaft. Das Asylbewerberleistungsgesetz legt fest, daß sie ein geringeres Existenzminimum benötigen als Deutsche. Das geltende Asylrecht unterstellt AsylbewerberInnen, daß sie grundsätzlich lügen, um sich Asyl zu verschaffen. Menschen fliehen vor Mißhandlungen, Verfolgung und Kriegen aus ihren Herkunftsländern in die Bundesrepublik und erfahren hier, daß ihnen das zuständige Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nicht glaubt. Sie werden zur Bedrohung der inneren Sicherheit hochstilisiert. Sie dürfen hier von Polizei und Bundesgrenzschutz nicht nur ungestraft schlecht behandelt, son-

dern auch mißhandelt werden. Das kennen viele aus ihren Herkunftsländern, aus denen sie gerade geflohen sind. Wir werden die neue rot-grüne Bundesregierung daran messen, inwieweit sie zu einer deutlichen Richtungsänderung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik bereit ist. Unterhalb einer Grundgesetzänderung ist viel möglich, um Menschen in Not hier Schutz und Aufnahme zu garantieren. Dazu zählen zum Beispiel die Anerkennung nicht-staatlicher Verfolgung und die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe. Dazu zählt auch eine sofortige Initiative der neuen Bundesregierung, die europäischen Pläne zur Demontage der Genfer Flüchtlingskonvention einzustampfen.“

TRANSRAPID: Angesichts der neuen Mehrheiten in Bonn und Schwerin bekräftigte der PDS-Abgeordnete Winfried Wolf Anfang Oktober die Forderung, den Transrapid nicht zu bauen: „Es gibt ökologische Gründe, die gegen den Transrapid sprechen. Es gibt ökonomische Gründe, die gegen den Transrapid sprechen: ein neuer Kassenwart Lafontaine leistet bereits mit der Vereidigung als Minister den finanzpolitischen Offenbarungseid, wenn er nicht ein klares Nein zu einer Politik sagt, bei der auf der Trasse Hamburg-Berlin Milliarden Mark Steuergelder nutzlos verbuddelt werden. Und es gibt soziale Gründe, die gegen den Transrapid sprechen: Wer unter der Losung „Für eine gerechte Republik“ erfolgreich um Wählerstimmen warb, muß alles dazu beitragen, daß der Transrapid ins Museum für verhinderte Verkehrsgeschichte gleitet. Ähnlich wie beim Eurofighter haben die 10 Mrd. Mark, die der Transrapid die Steuerzahler mindestens noch kosten soll, hohen Symbolwert: Bei der offiziellen Transrapidplanung handelt es sich um ein gut verpacktes Geschenk an Daimler-Chrysler, Thyssen, Siemens und die Großbanken, die damit eine Verlängerung ihrer fetten Jahre aus der Kohl-Ära finanziert bekommen sollen. Die gleichen 10 Mrd. Mark könnten aber auch die Startfinanzierung für eine Politik der Verkehrswende und damit auch für einen wirksamen Kampf gegen die Erwerbslosigkeit sein. Zur letzteren Option kann die neue PDS-Fraktion im Bundestag und kann die PDS auf Länderebene – nicht zuletzt in Schwerin – beitragen.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 23.10. ist Parteitag der Grünen, an den beiden folgenden Tagen Parteitag der SPD, um die Koalitionsvereinbarungen zu beschließen. Am 24./25.10. ist EU-Gipfel in Wien. Am 26.10. konstituiert sich der Bundestag, am 27.10. ist Kanzlerwahl. Am 7.11. ist CDU-Bundesparteitag in Bonn, in Berlin tagt eine Parteikonferenz der PDS. Am 10.11. beginnen in Brüssel die Verhandlungen der EU zur „Osterweiterung“ mit Zypern, Estland, Ungarn, Slowenien, der Tschechischen Republik und Polen.

Kosovo: Der deutsche Krieg

Noch in dieser Woche, so hat NATO-Generalsekretär Solana verkündet, laufe die Frist für die Regierung in Belgrad ab. Wenn bis Ende der Woche die serbischen Sicherheitskräfte sich nicht aus dem Kosovo zurückgezogen hätten, werde die NATO angreifen. Am Freitag soll jetzt sogar der alte Bundestag noch einer Beteiligung der Bundeswehr den Weg ebnen. Angebliches Kriegsziel: Verhinderung einer „humanitären Katastrophe“ im Kosovo. Wirkliches Kriegsziel: Besetzung des Kosovo und damit Teilung Serbiens.

Von 270 000 albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo ist die Rede. 2 Millionen Menschen sollen „normalerweise“ im Kosovo leben, 10 bis 30% davon sind – je nach Quelle – serbischer Herkunft. Das würde bedeuten, daß etwa ein Sechstel der albanischen Bevölkerung des Kosovo auf der Flucht vor Militäraktionen wäre. Welche „Hilfe“ die NATO diesen Menschen mit Bomben liefern will, bleibt ihr Geheimnis.

Von der serbischen Bevölkerung, Minderheit im Kosovo, die schon vorher geflohen war, redet ohnehin kaum noch jemand. Auch die enormen inneralbanischen Spannungen, die Umtriebe des berüchtigten früheren albanischen Regierungschefs Berisha und seiner mafiösen Verbindungsleute, die noch vor mehr als einem Jahr Hunderttausende Albaner um ihre gesamten Ersparnisse gebracht hatten und heute Drahtzieher der sogenannten „Kosovo-Befreiungsarmee“ sein sollen, werden in der westlichen Presse kaum noch erwähnt.

Der größte Teil der Medien im Westen bemüht sich statt dessen eifrig, die öffentliche Meinung für einen NATO-Militärschlag zu präparieren. Keine Rede ist mehr davon, daß der Konflikt zu Beginn dieses Jahres von dieser sogenannten „Kosovo-Befreiungsarmee“ (englisch: KLA) systematisch eskaliert worden war, die auf einmal scheinbar aus den „Nichts“ auftauchte und binnen weniger Wochen überall im Kosovo Siedlungen und serbische Stellungen überfiel. US-„Vermittler“ Holbrooke ließ sich damals noch stolz mit einem der militärischen „Führer“ der ominösen „Befreiungsarmee“ fotografieren.

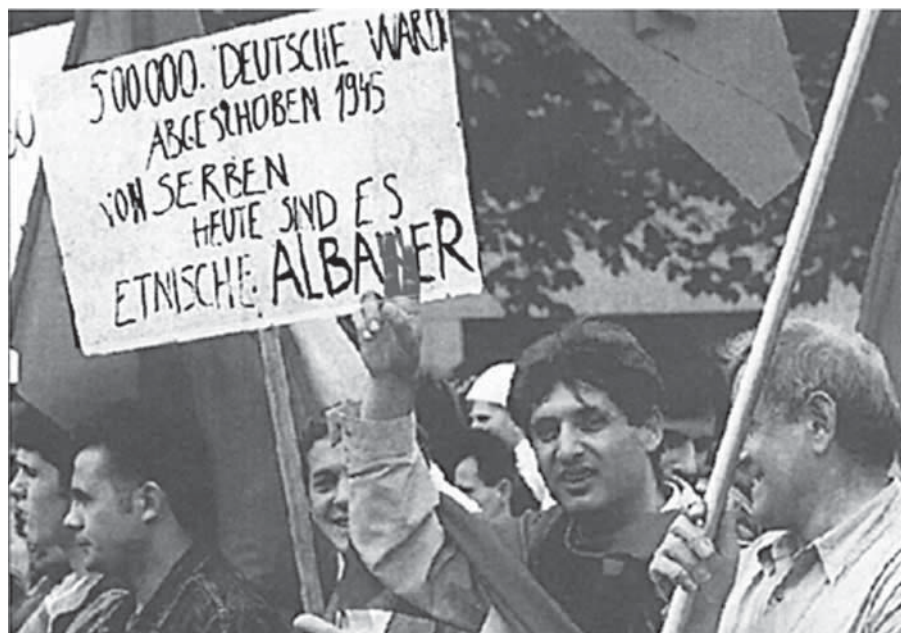
BND, MAD und die „Kosovo-Befreiungsarmee“

Die britische Zeitung *European* hat kürzlich in einem Bericht das schmutzige Spiel der deutschen Politik und Geheimdienste im Kosovo-Konflikt ein wenig ausgeleuchtet.

Wörtlich heißt es in dem am 24. September erschienen, hierzulande weitgehend totgeschwiegenen Artikel u.a.: „Sowohl der deutsche zivile als auch der mi-

litärische Geheimdienst sind damit befaßt, albanische Terroristen auszubilden und auszurüsten mit dem Ziel, den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren.“ Unter Berufung auf diplomatische und geheimdienstliche Quellen in Paris behauptet die Zeitung, das Engagement der deutschen Geheimdienste im Kosovo-Konflikt habe spätestens im Februar 1996 begonnen. Damals habe der neue BND-Chef Hans Jörg Geiger sein Amt angetreten und fast zeitgleich sei die Entscheidung über die Bildung der „Kosovo-Befreiungsarmee“ (KLA bzw. UCK) getroffen worden. Eine der ersten Entscheidungen Geigers sei gewesen, eines der größten regionalen BND-Zentren in der albanischen Hauptstadt Tirana zu errichten. „Die BND-Agenten arbeiteten

eng mit der Führung des albanischen Geheimdienstes SSIK zusammen.“ Laut *European* waren BND-Leute „verantwortlich für die Rekrutierung und die Auswahl des Führungspersonals der KLA aus den etwa 500.000 Kosovo-Albanern in Albanien.“ Zur gleichen Zeit sei das BND-Büro in Rom verantwortlich gewesen für Informationsbeschaffung unter den albanischen Flüchtlingen, die über Triest und Bari nach Italien flohen. Auch die Kommunikationsstrukturen der KLA seien weitgehend vom BND beschafft, KLA-Leute in ihrer Handhabung unterwiesen worden. Die Zeitung berichtet weiter, Journalisten, die aus dem Kosovo berichteten, seien erstaunt gewesen, als die Mitglieder der „Kosovo-Befreiungsarmee“ mit schußsicheren Westen



Oben: 1. Weltkrieg: Serben sind „Schweine“. Unten: Albanische Demonstranten erinnern am 10. Juni 1998 in Bonn an alte deutsch-albanische „Waffenbrüderschaft“ im zweiten Weltkrieg. Tatsächlich gab es bei der SS eine „Skanderberg“-Division.

➔ der Bundeswehr antrafen, die diese offen vor Fernsehkameras präsentierten. Der deutsche militärische Geheimdienst MAD und das Kommando Spezialkräfte (KSK) seien mit der Lieferung von Ausrüstungen und Waffen an die KLA beauftragt gewesen und hätten die KLA-Leute in der Handhabung der Waffen und der Kommunikationssysteme unterwiesen, so der „European“ weiter. Das wäre auch ein klarer Verstoß gegen das MAD-Gesetz.

Auch die inneralbanischen Machtkämpfe der letzten Zeit werden von der Zeitung mit dem Kosovo-Konflikt in Verbindung gebracht. So sei der angebliche Verbündete Berishas, Hajdari, dessen Tod vor kurzem den neuesten Konflikt zwischen den Kräften um Berisha und dem damals noch amtierenden Premier Nano auslöste, vermutlich in einem Streit um Erlöse aus dem Waffenschmuggel in das Kosovo und nicht aus politischen Motiven erschossen worden. Der damalige Premierminister Nano, der inzwischen zurückgetreten ist, sei von den Kräften um die KLA als „Griechen“ und „käuflicher Verräter“ beschimpft worden. Bei der auf die Ermordung Hajdaris folgenden Auseinandersetzungen, u.a. der Besetzung der Rundfunksender und des Parlamentsgebäudes, seien KLA-Mitglieder beteiligt gewesen, so die Zeitung weiter, die sich dabei auch auf Berichte der *Frankfurter Rundschau* und der *Welt* beruft.

Zeitgleich mit dem Bericht im *European* brachte auch das Fernsehmagazin *Monitor* einen Bericht über deutsche Waffen im Kosovo. Darin wurden unter anderem Panzerfäuste gezeigt, mit denen die sogenannte „Kosovo-Befreiungsarmee“ serbische Siedlungen und Stellungen angegriffen hatte, „wie zum Beispiel diese Panzerfaust vom Typ Armbrust, für die Bundeswehr entwickelt vom deutschen Rüstungskonzern MBB, gefertigt unter deutscher Lizenz in Singapur, jetzt in den Händen albanischer Separatisten, die damit Häuser beschießen. Deutsche Firmen verdienen so am Krieg im Kosovo“, so *Monitor*. Neben den Waffen wurde auch Funkgerät und militärische Aufklärungstechnik der KLA/UCK gezeigt, ebenfalls aus Deutschland. Der *Monitor*-Bericht untermauerte damit den Bericht der britischen Zeitung. Laut *Monitor* hatte der BND-Resident in Tirana mit mehreren illegalen Rüstungslieferungen zu tun, die in Deutschland vom Militärischen Abschirmdienst, genau: der Abteilung 3 des MAD in Köln, eingefädelt wurden. „Die waren von ganz oben gewünscht“, zitierte die Sendung einen MAD-Mitarbeiter, der ungenannt bleiben wollte. In den Jahren 1990 und 1991 habe der MAD mehrfach elektronische und optische Überwachungstechnik sowie anderes nachrichtendienstliches Gerät, zum Beispiel Funktechnik, an den albanischen Geheimdienst geliefert. Über den albanischen Geheimdienst sei dann die Militärausrüstung aus Deutsch-

land in die Hände der KLA bzw. UCK gelangt. Auch seien Mitarbeiter der Schule für das Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Bad Ems zu Ausbildungszwecken in der albanischen Hauptstadt Tirana gewesen, ebenso wie Mitarbeiter des MAD aus Köln.

Daß der gesetzliche Auftrag des MAD diesen auf Spionageabwehr im Inland begrenzt, scherte anscheinend niemand.

1996 folgte dann auch ganz „legale“ Waffenhilfe. Militärfahrzeuge, Kampfausrüstung und sogar Triebwerke von Kampfflugzeugen wurde aus der BRD nach Albanien geliefert und gelangte spätestens bei dem inneralbanischen Bürgerkrieg kurz darauf in die Hände der KLA bzw. UCK und deren Drahtziehern.

Die Berichte des *European* und von *Monitor* dokumentieren, daß von der deutschen Politik der Kosovo-Konflikt systematisch eskaliert worden ist, um Serbien so anzugreifen und die deutsche Machtposition auf dem Balkan festigen zu können. Gerüchte, wonach sich z.B. der Preussag-Konzern schon für die albanischen Chromlagerstätten interessiert, passen in dieses Bild.

Von der Absicht einer „Flüchtlingshilfe“ und einem NATO-Militärschlag zum angeblichen Zweck der „Vermeidung einer humanitären Katastrophe“, wie es in der Öffentlichkeit heißt, findet sich in diesen Hintergrundberichten keine Spur. Eher scheint es so, als sei die von den Attacken der UCK und den darauf folgenden serbischen Gegenaktionen ausgelöste Fluchtwelle den deutschen Stellen ganz recht gewesen, vielleicht sogar beabsichtigt, um so einen Anlaß für einen Militärschlag gegen Serbien zu liefern.

Bundestag: Nur die PDS ist gegen den NATO-Angriff

Trotz der großen Gefahren einer weiteren Eskalation auf dem Balkan ist der Widerstand gegen einen NATO-Militärschlag gegen Serbien in der Bundesrepublik noch schwach. Das jahrelange antiserbische Trommelfeuer in der Presse hat offensichtlich Wirkung erzielt. Von den Parlamentsparteien lehnt nur die PDS einen Militärschlag schroff ab. „Die PDS bleibt bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung eines Militäreinsatzes im Kosovo. Ein solcher Militärschlag wird die Probleme nicht lösen, im Gegenteil ist zu befürchten, daß er das Leid in der Region vermehrt und Europa in einen großen Krieg treiben kann“, erklärte am 9. Oktober der stellvertretende PDS-Vorsitzende und neue außenpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrke, und forderte: „Auf jeden Fall muß der Bundestag sofort zu einer Sondersitzung zusammentreten, um die völker- und verfassungsrechtlichen Grundlagen des angedrohten Militäreinsatzes zu klären. Nach unserer Überzeugung verbietet das Völkerrecht einen solchen Militäreinsatz.“

Gut möglich, daß gegen solchen, auch in Italien auf der Linken weiter vorhan-

denen Widerstand gegen einen NATO-Militärschlag, in letzter Sekunde wieder einmal ein serbisches Massaker „entdeckt“ wird – auch wenn spätestens seit dem Golfkrieg bekannt sein sollte, wie glaubwürdig solche „Berichte“ sind.

Dabei ist es schon auffällig, daß auch Italien, von dessen Territorium aus die NATO-Streitkräfte aus angreifen sollen, gerade in diesem Augenblick eine Regierungskrise erlebt. Die militärische Maschinerie der NATO, darunter solche notorischen deutschen Kriegstreiber wie Bundeswehrgeneral Naumann, jetzt Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, will offensichtlich unbedingt und jetzt angreifen, ohne dazu von der UNO oder irgendwelchen parlamentarischen Gremien legitimiert zu sein.

In der Bundesrepublik hat die alte, abgewählte Bundesregierung der NATO noch rasch „grünes Licht“ gegeben. Kein Wunder, muß sie doch nach den *European*- und *Monitor*-Berichten zu den Drahtziehern der Eskalation im Kosovo gerechnet werden, wenn sie nicht sogar verantwortlich dafür ist. Der nur noch wenige Tage amtierende Außenminister Kinkel, selbst früher eine Zeitlang BND-Chef, hat alle deutschen Staatsbürger aufgefordert, Serbien sofort zu verlassen.

Und die neue Regierung?

Die neue Bundesregierung will diesen von ihrer Vorgängerregierung angefangenen Eskalationskurs auf dem Balkan ganz offensichtlich fortsetzen.

Der noch gar nicht gewählte Kanzler Schröder hat bereits – ohne einen Beschluß des Bundestages – einem NATO-Angriff auf Serbien zugestimmt. Nur mit der direkten Kampfbeteiligung von Bundeswehrsoldaten möge man doch warten, bis der neue Bundestag zusammentritt, verkündete er in Washington. Daß jetzt ausgerechnet noch das alte Parlament, dessen Mehrheit die Spannungen auf dem Balkan seit Jahren systematisch mit hatte schüren helfen, nun die parlamentarische Legitimation für den NATO-Militärschlag liefern soll, setzt dem ganzen die Krone auf.

Die von den Grünen und auch von Teilen der SPD vor den Wahlen noch verkündete Forderung, ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates dürfe die NATO nicht militärisch angreifen, ist in atemberaubendem Tempo in der Versenkung verschwunden. Die pazifistischen Reste in der grünen Bundestagsfraktion sind von der Mehrheit der Serbenfresser völlig in den Hintergrund gedrückt worden. Deutsche Großmachtpolitik auf dem Balkan scheint auch in der neuen Regierung genügend Vollstrecker zu haben.

Bleibt nur der öffentliche Protest und Widerstand gegen diesen Kriegskurs. Wenn dieser aber so schwach bleibt wie bisher, scheint eine Eskalation auf dem Balkan unausweichlich. *rül, hav*

Quellen: *European*, 24.9.98; *Tanjug*, 22.9.98; AP, 9.10.98; *Monitor*, 24.9.98; PDS-Pressemitteilung vom 9.10.98

Vorerst nur ein Pressekrieg

Mehrere Tage sah es so aus, als wolle das türkische Militär seinen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung aus Wut über das Ausbleiben einer „militärischen Lösung“ auf Syrien ausdehnen und das Land militärisch angreifen. Inzwischen haben türkische Politiker einen Teilrückzug eingeleitet – man wolle Syrien eine Frist von 45 Tagen setzen, hieß es am 9. Oktober. Währenddessen gehen die „Vermittlungsversuche“ der ägyptischen Regierung weiter. Am 6. November sollen türkische Manöver an der syrischen Grenze beginnen.

Einige Tage lang schien der NATO-Staat Türkei unmittelbar vor einem Angriff auf Syrien. Nur wenige Tage nach Beginn der NATO-Herbstmanöver, bei denen im Osten der Türkei u.a. britische und US-Einheiten beteiligt sind und die bis zum 21. Oktober anhalten werden, hatte der neue türkische Generalstabschef Hüseyin Kivrikoglu völlig überraschend ultimative Warnungen ausgestoßen. Syrien führe einen „unerklärten Krieg“ gegen die Türkei und müsse seine Unterstützung für die PKK sofort einstellen. Den an der syrischen Grenze stationierten türkischen Einheiten sei der Urlaub gesperrt worden, hieß es in der Presse. Ministerpräsident Mesut Yilmaz, selbst schwer angeschlagen durch Enthüllungen, die auch ihm Verbindungen zur türkischen Mafia nachsagen, und Staatspräsident Demirel hatten sofort ebenfalls eine „letzte Warnung“ (so Mesut Yilmaz am 2. Oktober) an die syrische Regierung verkündet.

Die türkische Presse überschlug sich derweil in großmäuliger Kriegspropaganda. In Titelschlagzeilen malte sie aus, wie türkische F-16-Bomber syrische Militärstellungen und Kommunikations-einrichtungen angreifen und Syrien „binnen 24 Stunden“ besiegen würden. „Wir blaffen nicht“, so die Schlagzeile der *Yeni Yüzyil* am 6. Oktober. *Milliyet* drohte: „Apo oder Krieg“. Und die Zeitung *Sabah* nannte den syrischen Präsidenten Assad den „Kopf einer Schlange“, die ständig die Türkei bedrohe. Syrien habe sogar Pläne, türkische Staudämme zu zerstören, behauptete das Blatt. Die Zeitung *Hurriyet* wußte angeblich schon am 4. Oktober, daß (der PKK-Vorsitzende) „Apo um sein Leben zittert“.

Am 7. Oktober reiste darauf der ägyptische Präsident Mubarak zur Vermittlung nach Ankara. Dort wurde ihm ein 6-Punkte-Katalog übergeben. Damaskus solle den PKK-Vorsitzenden Öcalan ausliefern, alle kurdischen Einrichtungen (z.B. in der libanesischen Bekaa-Ebene) schließen und jeden finanziellen und mi-

litärischen Nachschub für die PKK unterbinden.

In der arabischen Welt stießen die türkischen Drohgebärden auf einhellige Ablehnung. Sowohl die irakische wie die iranische Regierung wiesen die Forderungen zurück und warnten die Regierung in Ankara vor einem neuen Krieg im Mittleren Osten. Vertreter der libanesischen Regierung reisten zu Konsultationen nach Damaskus und ins saudische Riad.

Von der syrischen Regierung kam in der ersten Woche überhaupt keine offizielle Reaktion. Einzig der Sprecher einer der sieben Parteien, die die Regierung in Damaskus stellen, Safwan Qoudsi von der Arabischen Sozialistischen Unionspartei (ASUP), äußerte sich in der Presse. Die kurdische Frage sei eine „innere Angelegenheit der Türkei“, erklärte er kühl. Die türkischen Forderungen seien zudem unerfüllbar, weil Syrien „nicht als Gendarm zum Schutz der türkischen Grenzen arbeiten“ werde. (Reuters, 7.10.)

Als dann auch der Sprecher des US-Außenministeriums erklärte, man unterstütze zwar die türkischen Forderungen, wünsche aber keinen Krieg, erkannte das Regime in Ankara, daß die Zeit zu einem vorläufigen Rückzug gekommen war. In der Presse wurde lanciert, eine weitere Eskalation der Spannungen mit der arabischen Welt sei nicht im „nationalen Interesse“.

Was bleibt? Eine angespannte Situation im Mittleren Osten, hervorgerufen durch die wieder einmal offenkundig gewordene Absicht des türkischen Militärs und der türkischen Politik, zur Lösung der kurdischen Frage weiter auf eine „militärische Lösung“ zu setzen statt auf politischen Dialog mit der kurdischen Seite. Eine Politik, die vor der militärische Aggression gegen kurdische Gebiete in benachbarten Staaten ohnehin nicht zurückschreckt. Die ständigen Überfälle der türkischen Armee in den Nordirak (Südkurdistan) sind dafür Beleg genug. Eine Politik also, die jederzeit in offene Aggression gegen benachbarte Staaten umschlagen kann. So kam nur wenige Tage nach der „Entwarnung“ aus Ankara die Meldung, die Militärführung habe für den 6. November neue Manöver an der syrischen Grenze angesetzt.

Die britische Nachrichtenagentur Reuter kam den Hintergründen der jüngsten Krise vermutlich am nächsten. Ihr Reporter Ralph Boulton schrieb am 7. Oktober, der türkische Propagandakrieg sei eine Folge „der seit Monaten bei türkischen Politikern und Militärs auflaufenden Frustrationen“. In Ankara fürchte man, den „Propagandakrieg“ über die kurdische Frage zu verlieren. Der Krieg der Armee in den kurdischen Gebieten im Südosten des Landes geht derweil uneingeschränkt weiter. *rül*

Quellen: Reuters, AP, AFP, Turkish Daily News, Tagesspiegel, 1.10. bis 11.10.; Kurdistan-Rundbrief 20/98

Selbstmordversion erschüttert

Das Landgericht Bonn hat am 29. September die Klage der Eltern Grams auf Erstattung der Beerdigungskosten von Wolfgang Grams durch die Bundesrepublik zwar zurückgewiesen. Es hält den Beweis für die Auffassung der Eltern und ihrer Rechtsanwälte (und darüber hinaus von vielen anderen Menschen), daß Wolfgang Grams durch Beamte der GSG 9 erschossen wurde, für nicht erbracht. Doch gleichzeitig räumt das Gericht ein, daß auch die staatliche Selbstmordversion nicht erwiesen sei.

Die *Welt* (30.9.) zitiert den Vorsitzenden Richter mit den Worten: „Wir bewegen uns im dunkeln, wir kommen nicht zu einem erwiesenen Selbstmord und nicht zu einer erwiesenen Fremdtötung.“

Die Möglichkeit, die Tötung von Wolfgang Grams lückenlos zu beweisen, ist durch die vielfache Vernichtung von Beweismitteln durch das BKA und im Zuge der gerichtsmedizinischen Untersuchungen sehr erschwert.

Vor diesem Hintergrund ist beachtenswert, daß das Bonner Landgericht der Schweriner Staatsanwaltschaft, die seinerzeit die Ermittlungen führte und einstellte mit der Erklärung, es sei erwiesen, daß sich Wolfgang Grams den tödlichen Schuß selbst beigebracht habe, direkt widerspricht.

Die staatliche Selbstmordversion, die historische Wahrheit zu sein beansprucht und diesen Anspruch unter anderem mit Strafverfahren und Pressezensur durchzusetzen versucht, ist damit erschüttert. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich von dem Verdacht, einen politischen Gegner, der bereits wehrlos am Boden lag, getötet zu haben, nicht reinwaschen können. Das ist, trotz der Niederlage im Zivilverfahren, ein wichtiger Erfolg.

Unter anderem sind dadurch auch die Voraussetzungen, daß das *Angehörigen Info* im ausstehenden Berufungsverfahren das Recht auf Meinungsfreiheit verteidigen kann, deutlich verbessert. Wie berichtet, war das in Hamburg herausgegebenen Info wegen Dokumentation von zwei Flugblättern, die die Tötung Wolfgang Grams durch die GSG 9 behauptet hatten, in 1. Instanz wegen Staatsverleumdung verurteilt worden, weil es, so die fanatisiert wirkende Richterin, nicht den geringsten Hinweis auf irgend etwas anderes als Selbstmord gebe.

Die Forderung nach Aufklärung der Todesumstände von Wolfgang Grams bleibt aktuell. Der Staat darf mit der gezielten Vernichtung von Beweismitteln, mit der er die Aufklärung der Wahrheit zu verhindern suchte, nicht durchkommen. *scc, aus: Angehörigen Info Nr. 212*

Anforderungen an die neue Mehrheit

Bei Redaktionsschluß dauerten die Koalitionsverhandlungen in Bonn noch an. Hier eine – sicher nicht vollständige – Übersicht über Anforderungen aus gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen an die künftigen Regierungsparteien.

VVN-Appell an Schröder

Die Unterzeichnung des Münchner Abkommens jährt sich nun zu 60. Mal. Die faschistischen Länder Deutschland und Italien sowie Großbritannien und Frankreich hatten mit diesem Diktat die Souveränität der Tschechoslowakei zerstört und die kriegsvorbereitende Annexion ermöglicht. Aus diesem Anlaß erinnern die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) daran, daß Zugeständnisse an Faschisten „diese weder bändigen noch überwinden, sondern ermuntern und stärken“. Um so empörter sei man über revanchistische Bestrebungen von den Vertriebenenverbänden, die von maßgeblichen Politikern gefördert werden. VVN-BdA erwarten von der neuen Regierung eine verbindliche Erklärung, die das Münchner Abkommen „für null und nichtig von Anfang an betrachtet.“ (ND 31.9.98)

Friedensbewegung: Kein Euro für den Fighter

Einen Tag vor Beginn der Verhandlungen zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen über eine Regierungskoalition haben die Vertreter der Friedensbewegung die Verhandlungspartner in einem 10-Punkte-Katalog aufgefordert, in Außen- und Sicherheitspolitik Farbe zu bekennen.

Die Unterzeichner erwarten ein „klares Nein zu allen Vorbereitungen auf Rohstoffkriege der Zukunft“. Dazu gehört statt einer NATO-Osterweiterung die Stärkung friedensfähiger internationaler Organisationen. Gefordert wird ein genereller Stopp aller Rüstungsexporte. Neben der Kürzung des Verteidigungshaushaltes um mindestens 5% jährlich

wird die Einrichtung eines Bundeamtes für Abrüstung, Konversion und zivile Konfliktbearbeitung gefordert. Weitere Forderungen: Kein Bau des Eurofighters, Abschaffung der Krisenreaktionskräfte und des Kommandos Spezialkräfte (KSK). Unterzeichnet wurde die Erklärung u.a. von Internationalen Frauenfriedensarchiv; Pax Christi; medico international; ai; Bund für soziale Verteidigung.

IMI: Kommando Spezialkräfte sofort auflösen! – Krisenreaktionskräfte innerhalb eines halben Jahres auflösen!

Wir fordern auch von der neuen rot-grünen Regierung die sofortige Auflösung der Elitekampftuppe Kommando Spezialkräfte und eine Auflösung der anderen Krisenreaktionskräfte (KRK) innerhalb eines halben Jahres. Das Kommando Spezialkräfte wird in der Öffentlichkeit als Rettungstruppe präsentiert, ist aber ein Kampfverband und die einzige Elite-truppe der Bundeswehr.

Der von IMI gestartete „Tübinger Appell“ zur sofortigen Auflösung des Kommandos Spezialkräfte wird inzwischen breit unterstützt, viele Gruppen haben ihn sich zu ihrer eigenen Sache gemacht und sammeln dafür Unterschriften. Zuletzt wurde der Appell vom „Ökumenischen Netz Württemberg (ÖNW)“, einem Zusammenschluß kritischer Christen, auf ihrer Jahrestagung „Vom Kriegsdienst zum Friedensdienst“ in Calw am 25. bis 27.9.1998 einstimmig beschlossen. (IMI = Informationsstelle Militarisierung, Tübingen)

Hilfswerke und Organisationen fordern Wechsel im Asyl- und Ausländerrecht

In Erklärungen zum heutigen Tag des Flüchtlings haben das UNO-Flüchtlingskommissariat UNHCR, Amnesty International, die Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl und Kirchen ihre Forderungen aufgemacht. Die Erwartungen gehen

weit über eine Reform des Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht hinaus. Einen Wandel muß es nach übereinstimmender Auffassung im Asylrecht geben, das heute Mittel zur Abwehr von Flüchtlingen ist.

Das Asylrecht in seiner bis 1992 geltenden Form wiederherzustellen, so weit gehen die Träume nicht. Aber „grundlegende Schutzanforderungen“, wie Heiko Kaufmann, Sprecher von Pro Asyl, sie nennt, müßten schon her. An erster Stelle dürfte die Beseitigung der von Menschenrechtlern seit Jahren angeprangernten Schutzlücke stehen: Verfolgte gelten nur als solche, wenn der Verfolger ein Staat ist. Als gäbe es in auseinanderfallenden Staaten, wo Menschenrechtsverletzungen eher die Regel als die Ausnahme sind, keine „legitimen“ Flüchtlinge. Auch Menschen auf der Flucht vor dem Terror von paramilitärischen Verbänden, häufig im Kampf gegen die Regierung, gelten nicht als Flüchtlinge im Sinne des jetzigen Asylrechts. Eine Beschränkung auf die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wäre fatal. Die Interessen von Flüchtlingen zu wahren, bliebe dann der PDS als einziger für das Asylrecht engagierten Oppositionspartei vorbehalten. Der erhoffte Wandel kann durchaus unterhalb der Schwelle einer neuerlichen Grundgesetzänderung erfolgen. Eine Härtefallregelung im Ausländergesetz, die Beseitigung der sozialrechtlichen Sonderbehandlungen von Flüchtlingen die Abschaffung des unseligen Asylbewerberleistungsgesetzes oder ein effektiver Rechtsschutz im Asylverfahren – für all dies wären schnelle Regelungen möglich. (ND 2.10.98)

Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen

1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

- **Bündnis für Arbeit:** Verhandlungen sollen nur unter Beteiligung der Betroffenen, hier nicht ausschließlich der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsverbände, sondern auch der BAG-SHI, stattfinden. Die Hilfe zur Arbeit ist nicht vorrangig als arbeitsmarktpolitisches Instrument gedacht. Wenn sie diese Rolle jedoch mehr und mehr zugeschrieben bekommt, muß die Praxis, wonach Arbeitspflicht als Grundvoraussetzung zur Leistungsgewährung besteht, abgestellt werden. Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen nur bei absoluter Freiwilligkeit!

- **Ersatzlose Streichung des Lohnabstandsgebots:** Das Verbringen von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen in untertariflich oder gleich gar nicht entlohnte, unqualifizierte und befristete Tätigkeiten ist ein hilfloser, auf dem Moment beschränkter Aktionismus, der ent-solidarisierend und lohnneueausenkend



wirkt. Das Verhältnis von Niedriglöhnen und Sozialhilfe, wie es im Lohnabstandsgebot beschrieben ist, bewirkt eine nach unten gerichtete Spirale. Das Bedarfsdeckungsprinzip der Sozialhilfe gebietet die ersatzlose Streichung des Lohnabstandsgebots. Danach wären auch Vorschläge zur Erhöhung des Freibetrags für Erwerbstätige in der Sozialhilfe positiv zu prüfen. Minimalforderung ist jedoch die Herausnahme des Freibetrags nach § 76,2a BSHG als Abstandshalter und der 5-köpfigen Familie als Referenzgruppe.

2. Bekämpfung der Armut

- *Familienlastenausgleich:* Es muß ein Modus gefunden werden, nach dem eine Kindergelderhöhung auch eine Verbesserung der Situation von SozialhilfebezieherInnen ermöglicht! Die Vorschläge hierzu reichen von Nichtanrechnung des Kindergelds als zweckbestimmte Leistung auf die Sozialhilfe als Maximalforderung über die Schaffung eines Mehrbedarfszuschlags für Familien bis zum Minimalvorschlag: klare gesetzliche Verankerung des Rechtstatbestands, wonach keine Anrechnung des übersteigenden Kinder-Einkommens auf das Einkommen der Einsatzgemeinschaft stattfinden darf;

- zahlreiche erwerbstätige SozialhilfebezieherInnen zahlen trotz ihrer Existenz an der Armutsgrenze noch Lohnsteuern. Wir fordern eine sofortige Anhebung des steuerfreien Existenzminimums und des Kinderfreibetrags.

- *Pauschalierung von Leistungen:* Den vorliegenden bad.-württ. Gesetzentwurf zur Pauschalierung aller Leistungen, die Vorschläge des Städtetags zu Familienregelsätzen und die Meinungsbildung im Regelsatz AK des BMG in Richtung Bedarfsmodule und Familienregelsätze lehnen wir ab ...

- Dem Modell einer *Grundsicherung* stehen wir positiv gegenüber, jedoch unter der Prämisse, daß sie allen Menschen in der BRD unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus in existenzsichernder Höhe ... zusteht.

- Wiederherstellung des Mehrbedarfszuschlags für Alte ab 60 und Erwerbsunfähige!

- Keine Überführung der Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe! (...)

3. Asylbewerberleistungsgesetz

Zurückholung dieser Bevölkerungsgruppe ins BSHG mit vollen Rechtsansprüchen!

4. Förderung von Sozialhilfeinitiativen

Quelle: BAG-SHI, Frankfurt, 1.10.98

IG-Metall-Frauen erinnern Walter Riester an Wahlversprechen

Frankfurt/Main (mpd) - Die IG Metall hat den künftigen Arbeitsminister Walter Riester (SPD) daran erinnert, daß er die im Wahlkampf versprochene Senkung des Rentenalters für Frauen nun auch durchsetzen müsse. Außerdem solle Riester dafür sorgen, daß geringfügig beschäftigte Frauen ebenfalls sozialversi-

chert werden, schreibt IG Metall-Vorstandsmitglied Gudrun Hamacher in einem am Donnerstag in Frankfurt veröffentlichten Brief an Riester. Dadurch bekämen Frauen später eine eigene Rente und ihre soziale Absicherung hinge nicht mehr allein vom Ehemann ab.

Hamacher forderte außerdem, daß bei einem Sofortprogramm für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz Mädchen und Jungen Zugang zu den gleichen Berufen bekommen. Gerade junge Frauen seien vom Ausbildungsnotstand betroffen, da sie oft in schlecht bezahlte Berufe gedrängt würden, die ihnen weniger Chancen eröffnen.

Sie sei optimistisch, daß Riester diese Forderungen als Arbeitsminister durchsetzen werde, weil er bereits als 2. Vorsitzender der IG Metall für Chancengleichheit von Frauen beim Aufstieg und bei der Qualifizierung eingetreten sei, schreibt Hamacher.

IG Medien

Zum Auftakt der Bundesfachgruppenkonferenz der Journalistinnen und Journalisten in der IG Medien am 2. und 3. Oktober 1998 in Stuttgart-Vaihingen richtete die amtierende Sprecherin der Fachgruppe, Fanziska Hundseder, die Aufforderung an die neue Bundesregierung und ihren künftigen Innenminister Otto Schily, es nicht bei den Kompromißbeschlüssen zum „Großen Lausangriff“ und den geringen Nachbesserungen zugunsten einiger Berufsgruppen zu belassen, sondern sich in einer Neubewertung zumindest an den Beschlüssen des Wiesbadener Parteitags der SPD zu orientieren.

Rat für Migration richtet Forderungen an künftige Koalition

Südd. Ztg, 10. Oktober 1998: „Gesetz über Zuwanderung nötig“ Experten weisen auf ökonomischen Gewinn durch Zuzug hin

csp Bonn (Eigener Bericht) - Der Rat für Migration fordert eine kritische Überprüfung der bisherigen Einwanderungs- und Ausländerpolitik. Als Vertreter des wissenschaftlichen Gremiums haben Dieter Oberndörfer, Politikwissenschaftler aus Freiburg, und Bert Rürup, Volkswirt an der Technischen Universität in Darmstadt, in Bonn Empfehlungen des Rates an die neue Bundesregierung vorgestellt. Um die Alterung der Bevölkerung in Deutschland wenigstens etwas abzumildern, müsse es endlich ein Gesetz zur Steuerung der Zuwanderung geben, forderte Rürup.

Die Wissenschaftler wiesen darauf hin, daß die Zuwanderung bisher gesamtwirtschaftlich und auch für die Sozialkassen ein ökonomischer Gewinn gewesen sei. Bis Ende der achtziger Jahre habe der Zuzug von Ausländern oder Aussiedlern nicht dazu geführt, daß deutsche Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt verdrängt worden seien. Im Gegenteil, durch die Übernahme von Jobs, für die nur eine geringe Qualifikation notwen-

Bischöfe besorgt

„Nach Ansicht von Hans Langendörfer, dem Sekretär der deutschen Bischofskonferenz, ist im neuen Bundestag keine Mehrheit für Grundgesetzänderungen im Bereich der Zuordnung von Kirche und Staat zu erwarten. Im Interview mit der Wochenzeitung 'Rheinischer Merkur' betonte Langendörfer, das 'der Rechtsstatus der Kirchen, das Kirchensteuerrecht, das konfessionelle Religionsrecht und das kirchliche Arbeitsrecht nicht angetastet werden' würden.“ (entnommen aus: Rheinischer Merkur, 7.10.98)

Anm. der Red.: Leider stimmen die Angaben zur Verfassungsänderung. SPD, Grüne, PDS und FDP würden zusammen auf 424 von 669 Stimmen kommen. Die lange Liste des Herrn Langendörfer ist allerdings nicht vollständig per Verfassung geschützt!

dig ist, erleichterten Ausländer deutschen Arbeitnehmern den beruflichen Aufstieg. Rürup und Oberndörfer kritisierten die alte Bundesregierung, die durch ihre „konzeptionslose Ausländerpolitik“ mit dazu beigetragen habe, daß in den vergangenen Jahren eine zunehmende Desintegration stattgefunden habe. Vor allem ausländische Jugendliche würden sich immer häufiger in Ghettos zurückziehen. „Ausländern wird hier ständig demonstriert, daß sie Menschen zweiter Klasse sind oder zumindest nicht willkommen“, sagte Oberndörfer. Es sei höchste Zeit, daß es wie in anderen Staaten in Deutschland eine „liberale Willkommenspolitik“ gibt.

In einem zehnteiligen Papier, das die Wissenschaftler gerne in den Koalitionsverhandlungen berücksichtigt sähen, wird unter anderem eine Reform des Rechts zur Staatsangehörigkeit und Einbürgerung gefordert. Einen deutschen Paß soll demnach unter bestimmten Voraussetzungen (Kenntnis der deutschen Sprache und Verfassungsordnung) jeder bekommen, der fünf bis acht Jahre in Deutschland gelebt hat. Eltern sollen die Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, wenn mindestens ein Elternteil hier seinen Lebensschwerpunkt hat. Cem Özdemir, migrationspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, riet in diesem Zusammenhang dringend davon ab, die Eltern eines Kindes über diese Frage entscheiden zu lassen, wie es die Sozialdemokraten wollten.

Für die Zuwanderung schlagen die Wissenschaftler vor, diese entsprechend nationaler Interessen und den Verhältnissen am Arbeitsmarkt zu steuern. Außerdem empfehlen sie zur Humanisierung der Flüchtlings- und Asylpraxis die Einrichtung einer Kommission, die über individuelle Härtefälle entscheidet.

Leonard Peltier ist seit 22 Jahren in Haft

Zum 22. Mal jährt sich 1998 die Verhaftung des bekanntesten indianischen Gefangenen aus den USA, Leonard Peltier. Er wurde am 6. Februar 1976 in Kanada festgenommen, wo er Asyl beantragen wollte, und 1977 an die USA ausgeliefert, wo er zu zweimal lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Der Vorwurf: Er soll im Sommer 1975 auf dem Pine Ridge Reservat in Süd Dakota (USA) zwei FBI-Agenten erschossen haben.

Zum Hintergrund: 1975 kam es im Pine Ridge Reservat im US-Bundesstaat Süd Dakota zu einem Schußwechsel zwischen dem FBI und Mitgliedern des American Indian Movement (AIM). Dabei wurden zwei FBI-Agenten und ein Indianer getötet. Das AIM war 1975 von den Lakota im Pine Ridge Reservat gegen die Schlägertruppe des damaligen korrupten Stammesratsvorsitzenden Dick Wilson zu Hilfe gerufen worden. Peltier war damals eines der führenden Mitglieder von AIM und hielt sich ebenfalls im Reservat auf.

Leonard Peltier ist unschuldig

Die indianische Bürgerrechtsbewegung war damals ein Zielobjekt von COINTELPRO, eines Programmes zur Unterbindung von Aktivitäten, die von der US-Regierung, dem FBI oder der CIA als Sicherheitsrisiko für die USA eingeschätzt wurden. Nachdem das „Freedom of information“-Gesetz Peltiers Rechtsanwälten Jahre später Einsicht in Ermittlungsakten gewährt hatte, wurden die Manipulationen des FBI und die Unschuld Peltiers nachweisbar.

Schon 1986 mußte auch der ermittelnde Generalstaatsanwalt in einem Berufungsverfahren einräumen, daß niemand weiß, wer die tödlichen Schüsse auf die beiden Agenten, für die Peltier verantwortlich gemacht wird, abgegeben hat. Eine angebliche Augenzeugin widerrief ihre Aussage, die sie unter Druck des FBI gemacht hatte. Auch Richter der bei zwei Berufungsverfahren den Vorsitz führte, bat Präsident Clinton schriftlich, das Urteil gegen Peltier aufzuheben. Dennoch wurden die Anträge seiner Anwälte, ein Wiederaufnahmeverfahren anzusetzen, immer wieder abgelehnt.

Seit einem Schlaganfall ist Leonard Peltier auf einem Auge fast erblindet. Er leidet unter Diabetes. Inzwischen hat er ein gutes Drittel seines Lebens unschuldig in den Hochsicherheitstrakten diverser US-Haftanstalten verbracht. Während der Haft hat Peltier zu malen begonnen. Die Kosten seiner Verteidigung werden teils durch den Verkauf seiner Bilder bestritten.

hav

Infos: Leonard Peltier Defense Committee, P.O. Box 583, Lawrence, Kansas 66044, USA, Fax: 001/913/842-5796.)



Gründungsparteitag von Rifondazione comunista 1991: unterschiedliche linke Traditionen schlossen sich in der Partei zusammen.

Italien

Rifondazione entzieht Prodi das Vertrauen – und spaltet sich

Eine knappe Mehrheit für Prodi hatten Parteien und Medien bei der Vertrauensabstimmung im italienischen Parlament am 9. Oktober erwartet. Am Schluß stimmte eine äußerst knappe Mehrheit von 313 gegen 312 Abgeordneten gegen Prodi. Dabei fehlten nicht nur die Stimmen des Bertinotti-Flügels in der Fraktion von Rifondazione comunista. Auch ein Abgeordneter von Rinnovamento italiano (Italienische Erneuerung, Partei des Außenministers Dini) stimmte gegen Prodi. Er war ursprünglich auf der Liste von Berlusconi Forza Italia ins Parlament gewählt worden; dem Vernehmen nach hat ihn Berlusconi jetzt an eine alte Schuld erinnert ...

Damit ist die Mitte-Links-Koalition aus Olivenbaum-Bündnis und Rifondazione comunista nach zweieinhalb Jahren gescheitert. Politische Klippen hatte es in dieser Zeit immer wieder gegeben: Sowohl der Albanieneinsatz als auch die Osterweiterung der Nato waren gegen Rifondazione und mit den Stimmen des rechten „Pols der Freiheiten“ beschlossen worden. Das Finanzgesetz für 1998 war erst im letzten Moment zustande gekommen. Die Regierung Prodi hat mit Einsparungen von 100.000 Mrd. Lire (ca. 100 Mrd. DM) die Stabilitätskriterien für die Aufnahme in die europäische Währungsunion durchgesetzt. Aber gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit im Landesdurchschnitt von 12,1 auf 12,4% gestiegen; im Süden liegt sie um 20%. Zu der von Rifondazione geforderten einschneidenden „Wende“ für mehr Beschäftigung war Prodi nicht bereit. Die Zugeständnisse an Rifondazione waren nur klein, so wenig, daß nicht einmal die Industriellen (von Fiat bis zum Indu-

strieverband) dagegen Sturm gelaufen sind.

Die Mehrheit der PRC-Leitung stimmte für Nein und Bruch

Im Nationalen Politischen Komitee hatte der Parteisekretär Bertinotti deshalb vorgeschlagen, „daß man den parlamentarischen Gruppen den Auftrag gibt, gegen dieses Finanzgesetz zu stimmen und der Regierung das Vertrauen zu entziehen“. Begründung: „Wir hatten einen langen Marsch in der Wüste, um an eine Oase zu kommen. Als wir ankamen, sagten sie uns, daß es eine Luftspiegelung sei und daß man weitermachen müsse wie zuvor.“

Das Finanzgesetz sei neokonservativ, ein Felsbrocken auf dem Weg zu Reformen. Es könne nur zurückgezogen werden. Rifondazione müsse einen Schritt zurück machen, um zwei nach vorn machen zu können. Die Partei müsse „auf offenem Meer segeln, die Bedingungen für einen Wiederaufschwung der sozialen Opposition aufbauen, auf die kommunistische Massenpartei hinzielen.“

Ganz anders die Position des Parteipräsidenten von Rifondazione, Cossutta. Er hatte zwar auch die Haltung der Regierung Prodi kritisiert, aber einen Bruch abgelehnt: „Der Bruch ist eine Entscheidung von historischer Tragweite und wird auf uns zurückfallen und uns in die Isolation führen. Man kann auch nicht hoffen, morgen wieder zusammenzunähen, was man heute zerreißt.“ Denn: „Der politische Rahmen wird sich nur verschlechtern können verglichen mit dem aktuellen, und die Lebensbedingungen der Massen werden zurückgedreht

werden.“ Der Sturz der Regierung Prodi drohe die Rechten wieder an die Regierung zu bringen. Deshalb müsse man „einen Spalt lassen und in der Mehrheit bleiben, um zu kritisieren und zu drängen.“

Für Bertinottis Vorschlag stimmten schließlich 170 Mitglieder des Komitees, dagegen 110. Vermittelnde Vorschläge, die auch auf eine Verbreiterung der Diskussion in der Partei und auf die Verschiebung von Grundsatzentscheidungen auf einen Parteitag abzielten, hatten keine Chance.

Nach der Sitzung trat Cossutta als Parteipräsident zurück: Angesichts einer „genetischen Veränderung“ der Partei könne er die Verantwortung für eine „falsche und gefährlich abenteuerliche“ Politik nicht mehr tragen.

Bei der Abstimmung in der Abgeordnetenversammlung saßen die beiden Flügel der PRC-Fraktion schon getrennt. Die Mehrheit der Fraktion hinter Cossutta hatte eine eigene „kommunistische Gruppe“ in der Abgeordnetenversammlung konstituiert und stimmte entgegen dem Beschluß des Nationalen Politischen Komitees ab. Außerhalb des Parlament liefen zu diesem Zeitpunkt schon Vorbereitungen für die Gründung einer neuen Organisation „Italienische Kommunisten“.

Weitere Regierungsbildung offen

Wie es nach Prodis Rücktritt weitergeht, ist unklar. Eine Neuwahl, wie sie auch Cossutta fordert, wäre nur bis zum 20. November möglich.

Dann beginnt das „weiße Semester“, das Halbjahr vor der Neuwahl des Staatspräsidenten, in dem dieser das Parlament nicht mehr auflösen und keine Neuwahlen mehr ansetzen darf. Andere Spekulationen richten sich auf die Möglichkeit einer „Regierung von Fachleuten“ oder einer „institutionellen Regierung“ unter Leitung der Präsidenten der Parlamentskammern.

Möglich ist auch, daß Prodi mit der Suche nach einer neuen Mehrheit, eventuell nur für das Finanzgesetz, beauftragt wird. Dabei wird als Mehrheitsbeschaffer immer wieder Francesco Cossiga genannt, der frühere Ministerpräsident, Innenminister und Staatspräsident am rechten Flügel der christdemokratischen Parteitrümmer.

Bertinotti strebt als Alternative eine neue Mitte-Links-Regierung auf veränderter programmatischer Grundlage an: „Man gibt die gemäßigte (konservative) Regierungsplattform auf, zieht das Finanzgesetz zurück und baut auf neuen Grundlagen das Verhältnis zwischen Mitte-Links-Regierung und PRC auf.“

Seine Spekulation ist dabei, daß die Parteien der Ulivo-Koalition Neuwahlen vermeiden wollen, weil sie eigene Verluste und die Rückkehr der Rechten an die Regierung befürchten.

Daß diese Parteien deshalb trotz des jetzigen Bruchs wieder an einen gemeinsamen Tisch müßten. *rok*

Widerstand gegen NATO in der Tschechischen Republik

Die Anti-NATO-Gruppe der CSSD

Von Pavel Seifer

Mitglieder der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (CSSD) haben eine Anti-NATO-Gruppe gegründet, nachdem ihre Fraktion im Abgeordnetenhaus Anfang des Jahres vor den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni und der anschließenden Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung beschlossen hatte, für den NATO-Beitritt ohne Referendum zu stimmen.

Die Gruppe argumentierte, daß keine informierte Debatte über die Gründe für den NATO-Beitritt stattgefunden habe, weder in der Tschechischen Republik noch in der CSSD selbst, und daß die Mitglieder und Sympathisanten der CSSD sich durch das Versprechen eines verbindlichen Referendums hätten einlullen lassen. Die Abgeordneten fällten ihre Entscheidung ohne Konsultation der Mitgliedschaft der Partei, die den NATO-Beitritt ablehnt, und im Widerspruch zur offiziellen Position der Partei, die zwar die NATO-Mitgliedschaft unterstützt, aber nur unter der Bedingung, daß vorher eine Volksabstimmung stattfindet. Die CSSD ließ diese Forderung jedoch unter dem Vorwand fallen, ihre Versuche, im Parlament eine Volksabstimmung durchzusetzen, seien gescheitert. Dabei war jedem im voraus klar, daß dies der Fall sein würde, da die Regierungskoalition die Mehrheit im Abgeordnetenhaus hatte und jeden Vorschlag, der ihr nicht paßte, zu Fall bringen konnte.

Ein weiteres Argument der Anti-NATO-Gruppe bezieht sich auf den Status des Abgeordnetenhauses, als dieses für den Beitritt Tschechiens stimmte. Die Zusammensetzung des Parlaments zu diesem Zeitpunkt widerspiegelte in keiner Weise mehr die Ergebnisse der Wahl von 1996, da mittlerweile eine Partei gegründet worden war, die niemand gewählt hatte. Die Abstimmung erfolgte außerdem zu einem Zeitpunkt, als der Termin für die vorgezogenen Neuwahlen bereits bekannt war und diese die CSSD mehr als alles sonst interessierten, weil sie sich dabei einen Sieg erhoffte. Viele Mitglieder und Sympathisanten äußerten den Verdacht, die CSSD habe für das Versprechen baldiger Wahlen auf die Forderung nach einem Referendum verzichtet.

Im Namen der Anti-NATO-Gruppe rief Vladimira Al Malikiová, Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees der CSSD, dieses Gremium an und forderte eine Positionsänderung der Abgeordneten ihrer Partei. Nachdem jedoch einige Parteiführer gesprochen hatten, fand sich keine einzige Stimme zugunsten des Vorschlags der Gruppe. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten einmütig für

den NATO-Beitritt. Die Anti-NATO-Gruppe betrachtet die Angelegenheit jedoch nicht als abgeschlossen, da noch nicht in allen NATO-Mitgliedsländern die Parlamente die NATO-Erweiterung ratifiziert haben und die CR daher noch nicht Mitglied ist. Sie hat außerdem das Recht, aus der NATO auszutreten. Ein Referendum zu dieser Frage ist daher nicht überflüssig, wie viele Politiker und Politologen behaupten.

Bei einer internationalen Konferenz zur europäischen Sicherheit, die im Juni in Prag stattfand, schlug Pavel Seifer, einer der Gründer der Anti-NATO-Gruppe und ehemaliger CSSD-Abgeordneter, eine Alternative zum NATO-Beitritt vor (siehe die umseitige Resolution).

Eine weitere Aufgabe sieht die Anti-NATO-Gruppe der CSSD in der Organisation informierter Diskussionen zwischen allen Parteien und schließlich im ganzen Staat über die Mitgliedschaft der CR in der EU. Die Gruppe will der einseitigen Propagandakampagne von Regierung und Medien entgegentreten, die nur die Argumente pro EU verbreiten und die negativen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft, insbesondere im sozialen Bereich, verschweigen. Mitte Mai nahmen andere Gründungsmitglieder der Gruppe – das Mitglied des ZEK, Frau Vladimira Al Malikiová, und der Vorsitzende der Internationalen Abteilung, Dr. Ivan Muller – an der großen internationalen Demonstration in Paris gegen die Verträge von Amsterdam und Maastricht teil. Von dieser Demonstration wurde an die Parlamente der NATO-Mitgliedsstaaten, die noch nicht über die Erweiterung des Bündnisses abgestimmt haben, ein Appell gesandt, die Durchführung von Referenden in den beitragswilligen Ländern zu fordern. Die Anti-NATO-Gruppe der CSSD würde es begrüßen, wenn sie Unterstützung von gleichgesinnten Gruppen im Ausland bekäme, z.B. in Form von Informationen über Ereignisse in Europa, über die positiven und negativen Aspekte der Mitgliedschaft in der NATO wie auch in der EU, wie sich diese auf der Grundlage der Verträge von Amsterdam und Maastricht konstituiert, damit bei einem Referendum über die tschechische Mitgliedschaft jedermann und jede Frau hier weiß, was das für die Republik und für sie bedeuten wird.

Organisationen, die Verbindung mit der Anti-NATO-Gruppe aufnehmen wollen, können sich an uns wenden. Wir leiten ihre Botschaft dann weiter.

aus: Postmark Prague 235, Juli-Aug. 98

Pavel Seifer ist Mitglied der Anti-NATO-Gruppe der CSSD, früher Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im tschechischen Parlament

Appell

Wir wollen ein sicheres Leben in einer gesunden Umwelt in Europa

Wir betrachten den heutigen Verlauf der europäischen Entwicklung als schädlich, insbesondere die Tatsache, daß viele Politiker noch immer Waffen und die Stärke von Militärbündnissen für wichtiger halten als gegenseitige Kooperation und Koexistenz und ein erfülltes Leben in einer gesunden Umwelt. Noch immer werden in großem Umfang Mittel für die Produktion von Rüstungsgütern und die Ausrüstung von Armeen verschwendet. Die Erweiterung der NATO bringt die Gefahr einer neuen Teilung Europas mit sich, schafft eine Atmosphäre der Konfrontation und verzögert zuallermindest mögliche Lösungen der wirklichen Probleme.

Dies erfüllt uns um so mehr mit Sorgen, als Europa in diesem Jahrhundert nicht nur die Schrecken von zwei Weltkriegen erlebt hat, in denen Menschen auszogen, um andere Menschen und die materiellen und geistigen Werte, die sie geschaffen haben, zu vernichten. Unser Kontinent erlebte auch die Katastrophe von Tschernobyl, wo eine Kraft, die entwickelt wurde, um dem Menschen zu dienen, außer Kontrolle geriet, sowie die Verbreitung einer verantwortungslosen und zerstörerischen Haltung gegenüber der Welt, in der wir leben.

Wir können nicht ignorieren, welche Ri-

siken für unsere Sicherheit von einer Haltung der Selbstsucht und des Raubbaus ausgehen. Aber all unsere Bemühungen um den Schutz der lebendigen Umwelt sind sinnlos, wenn es uns nicht gelingt, Frieden für die Menschheit zu erreichen. In diesem Zusammenhang und gerade zu diesem Zeitpunkt fordern wir, im Bewußtsein der Notwendigkeit, den ökologischen Frieden zu fördern:

- Sofortige Aufnahme von Verhandlungen über die Schaffung von nuklearfreien Zonen in Europa sowie über die Frage einer weltweiten nuklearen Abrüstung
- weitere Fortschritte bei der Abrüstung, Vernichtung konventioneller Waffen und Senkung der Militärausgaben
- Stop der NATO-Erweiterung, gefolgt von der schrittweisen Auflösung der NATO und Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Ein-schluß aller Staaten Europas
- die Verwendung der eingesparten Mittel zur Erreichung nachhaltigen Wachstums in ganz Europa und zur Überwindung der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Mißstände in der Welt
- die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs und der Nicht-Regierungs-Organisationen, die der OSZE angehören, um Fragen im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung in der Gemeinschaft europäischer Staaten zu erörtern.

Wir sind überzeugt, daß der gegenwärtige

tige Stand der europäischen Entwicklung den Einsatz personeller Kräfte, finanzieller Mittel und geistiger Anstrengungen erfordert, um ein nachhaltiges Leben und das Erreichen ökologischer, sozialer, erzieherischer und humanitärer Ziele zu ermöglichen, damit jede Bedrohung der Sicherheit des Lebens aller Bewohner des Kontinents überwunden wird.

Wir betrachten diese Vorschläge als Teil des Bestrebens, die Unverantwortlichkeit der „Ära der Räuber“ zu beenden und weltweit eine „Ära der Ressourcenverwalter“ einzuleiten. Machen wir klugen Gebrauch von unseren Ressourcen und führen wir ein sicheres Leben in einem Europa mit gesunder Umwelt.

Prag, Juni 1998

Unterzeichnet von: Pavel Seifer und Jaroslav Bock, CR; Fredrik Therman, Herausgeber des Friedensjournals Fredposten, Helsinki, Finnland; Aunglira Aural Duta, Für Mutter Erde, Bukarest, Rumänien; Matthias Reichel, Zentrum für Begegnung und aktive Gewaltlosigkeit, Bad Ischl, Österreich; Martin Vergha, Zoeld Alternativa, Budapest, Ungarn; Boleslaw Rok, Dekan der Fakultät für Umweltschutz, Pultusk, Polen; Anthony Coughlan, The National Platform, Dublin, Irland; Gorazd Drevensek, Nova Party, Slowenien; Theodore A. Ernst, Social Services Administrator, Chicago, USA; Eduard Prichodkin, Junge Europäer für Sicherheit, Ukraine; Bruna Nota, Kanadische Sektion der Stimme der Frauen für den Frieden, Kanada; Ula Kotzer, Alternative EU, Finnland; Constantin Lacatus, Einwohner von Sibiu für den Frieden, Rumänien; Jan Slavov, Enviro-Care, Kanada; Steinulf Tun-gesvik, Nein zur EU, Norwegen; Franz Floss, Europäische Föderation der Grünen Parteien, Wien, Österreich.

Wem gehört die tschechische Presse?

Von Zdenek Horeni

Die Zeitung *Práce* (*Arbeit*), früher Organ der tschechischen Gewerkschaft, nannte sich eine Zeitlang etwas provokativ „die tschechische Tageszeitung im Besitz von Tschechen“. Dieser Seitenhieb war auf die Konkurrenz gemünzt, die sich seit etlichen Jahren größtenteils im Besitz von Leuten befand, die jenseits der Grenzen der Tschechischen Republik leben. Zuletzt jedoch lachte die Konkurrenz, ob sie wollte oder nicht. Die „tschechische Tageszeitung im Besitz von Tschechen“ wurde vom Herrn der Märkte in die Ewigen Jagdgründe geschickt. Verschuldet bis über beide Ohren stellte sie Ende 1997 ihr Erscheinen ein, weil niemand sie finanzieren wollte.

Auch die „*Vecernik Praha*“ (*Prager Abendzeitung*) stand vor Problemen, aber sie hatte mehr „Glück“: Während für *Práce* der Trauermarsch erklang, wurde die eher farblose *Abendzeitung* von dem deutschen Verlag *Passauer Neue Presse* mit Sitz in Passau gekauft.

Tschechische Presseleute, die noch nicht völlig eingeschüchtert und unterwürfig geworden sind, werden einräumen, daß dies keine rein geschäftliche

Angelegenheit ist. Die Passauer Firma ist über die CSU mit unsichtbaren Fäden mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft verbunden.

Die Herren aus Passau kamen unmittelbar nach dem Regimewechsel nach Böhmen. 1990 begannen sie, von den neuen kurzsichtigen und politisch naiven lokalen und regionalen Behörden eine Provinzzeitung nach der anderen zu lächerlich niedrigen Preisen aufzukaufen. Interessanterweise konzentrierten sie sich vor allem auf die früheren „Sudetengebiete“, welche Hitler nach dem Münchner Abkommen besetzte und seinem Reich einverleibte. Im Laufe der Zeit drangen sie aber auch tiefer nach Böhmen ein, und mit dem Kauf der *Vecernik Praha* haben sie nun fast alle regionalen Tageszeitungen in der westlichen Hälfte der Tschechischen Republik in ihrem Besitz. Die andere Hälfte wurde, ganz zufällig natürlich, von anderen deutschen Verlagen aufgekauft.

Am 9. Februar beklagte die *Lidové noviny* (*Volkszeitung*), daß „ausländisches Kapital in fast allen führenden Verlagshäusern auf dem tschechischen Zeitungsmarkt vertreten ist“. Aber auch *LN* selbst – eine Zeitung, die einst Karel Capek⁽¹⁾ und der tschechischen Intelligenz verbunden war – wird von der schweizerischen Firma Ringier und dem Hamburger Axel-Springer-Konzern herausgegeben.

Mittlerweile erscheinen über 70% al-

ler Zeitungen in Verlagen, die zum großen Teil oder zu 100% durch ausländisches Kapital kontrolliert werden. Die restlichen 30% bestehen aus: *Právo* (früher: *Rudé právo* = *rotes Recht*), *Slovo* (früher: *Svobodné slovo* = *freies Wort*), *Haló noviny*, *Spígl*, *Sport* und *Brněnský večerník* (*Brünner Abendzeitung*).

Mladá fronta Dnes (*Junge Front Heute*), mit einer Auflage von rd. 300.000 Exemplaren täglich die größte tschechische Zeitung, wurde von 65 Mitarbeitern privatisiert und, wie das tschechische Fernsehen kürzlich seinem schockierten Publikum enthüllte, für 20 Mio US-Dollar weiterverkauft – eine schöne Stange Geld, die sich die Gauner teilten. Sie und ihre Zeitung wurden zunächst von dem französischen Pressezaren Hersant gekauft, aber dieser verscherbelte beide anschließend an die Rheinisch-Bergische Druckerei und Verlagsgesellschaft in Düsseldorf. (...) Vor einiger Zeit schrieb die mittlerweile eingegangene Tageszeitung Telegraf, daß sich angesichts von so viel ausländischem Kapital „natürlich die Frage erhebt, ob nicht bestimmte politische Kräfte dahinterstecken“. Sonst noch was Neues? fragen die Tschechen.

(1) Karel Capek (1890 - 1939), berühmter Schriftsteller, Freund des Präsidenten der 1. Tschechoslowakischen Republik, T. G. Masaryk.

aus: *Postmark Prague* Nr. 221, April 1998. Der Autor war bis 1989 Chefredakteur von *Rudé právo*



RUßLAND: LANDESWEITER PROTEST AM TAG DER ERINNERUNG AN DIE OKTOBERREVOLUTION 1917

Nach Auffassung des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der russischen Föderation Sjuganow haben am 7. Oktober am landesweiten Protesttag gegen die miserable soziale und ökonomische Lage in Rußland mindestens 25 Millionen Menschen teilgenommen. Allein 12 Millionen Beschäftigte aus 39.000 Betrieben hatten gestreikt, in weiteren 75.000 hätten Protestkundgebungen stattgefunden. Nach Angaben des russischen Innenministeriums hätten dagegen nur 160.000 Menschen an den Protestaktionen teilgenommen. Wie unterschiedlich auch die Zahlen sind, alle Kommentare aus der russischen Föderation sprechen die gleiche Sprache. Jelzin hat angetrieben von IWF, Weltbank und unterstützt von Handlagern in Rußland, das Land in die Katastrophe geführt. Die KP versucht nun, eine „linkszentristische Koalition“ zustandezubringen, mit dem Ziel der Amtsenthebung Jelzins.

Brasilien: Lula: „Die Opfer wählten ihre Henker“

Bei den Präsidentschaftswahlen in Brasilien haben 50,3 % der über 106 Millionen Wahlberechtigten für den amtierenden Präsidenten Fernando Henrique Cardoso gestimmt. Damit konnte sich der Vorsitzende der brasilianischen Sozialdemokraten mit klarem Vorsprung gegen seinen Herausforderer Luis Inacio da Silva von der Arbeiterpartei behaupten, auf den 34 % der Stimmen entfielen. Ciro Gomez von der linken Sozialistischen Volkspartei erhielt 11,2 % der Stimmen.

Völlig unverständlich, daß die Opfer für ihre Henker votieren, so der erste Kommentar des unterlegenen Kandidaten da Silva von der Arbeiterpartei PT. Nie zuvor, so da Silva, habe er an einer so kräftig manipulierten Wahl teilgenommen. Auch die katholische Kirche beklagte den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, den Einsatz der Staatsmaschine sowie den massiven Stimmenkauf durch Regierungskandidaten.

Mit dem Blick auf die Gouverneurs- und Parlamentswahlen in 26 Bundesstaaten und im Bundesdistrikt Brasilia sieht das Wahlergebnis für die Linke weit besser aus. Ob in Rio de Janeiro, dem zweitwichtigsten wirtschaftlichen Ballungszentrum nach Sao Paulo, ein Linksbündnis den Gouverneur stellt, wird die Stichwahl am 25. Oktober klären. Im

Amazonas Teilstaat Acre schaffte der Kandidat der PT Jorge Viana mit fast 60 % den Machtwechsel. Er löst Orleir Cameli ab, eine der korruptesten Figuren des Regierungsbündnisses. In Sao Paulo, Wirtschaftszentrum mit über 1.000 deutschen Firmenfilialen, gehen der Großunternehmer und Diktaturaktivist Paulo Maluf von der Rechtspartei PPB sowie Mario Covas von der Partei Cardosos in die Stichwahl. Cardoso unterstützte im übrigen beide Kandidaten im Wahlkampf. Der Ex-Offizier Jair Bolsonaro, Befürworter von Folter und Massakern an Gefangenen und Landlosen, schaffte wieder den Sprung in das Parlament. Auch Ubiratn Guimaraes, Militärpolizeioberst und Kandidat einer „sozialdemokratische“ Partei, schaffte den Sprung ins Parlament. Im Oktober 1992 hatte er in Sao Paulo ein Häftlingsmassaker befiehlt, bei dem seine Spezialeinheiten 111 Männer töteten. Zynischerweise wählte Guimaraes die Zahl 111 als Kandidatennummer. Das Blutbad ist bis heute ungeklärt.

Polen: Regierung kritisiert deutsche Behörden

Das polnische Wirtschaftsministerium hat die Behandlung polnischer Bauarbeiter durch die Behörden in der BRD kritisiert. Polnische Arbeiter würden wie gefährliche Verbrecher behandelt. Man

verstehe zwar, daß Kontrollen auf der Suche nach Schwarzarbeitern nötig seien, diese dürften aber nicht die Form einer „Treibjagd“ annehmen. Werde die Arbeitsmöglichkeit polnischer Bauunternehmen in der BRD weiter eingeschränkt, müßten deutsche Firmen in Polen mit gleichen Restriktionen rechnen, warnte das polnische Wirtschaftsministerium. Deutsche Baufirmen müßten in Polen zudem genauso gründlich kontrolliert werden wie polnische Unternehmen in der Bundesrepublik. So seien bei Kontrollen bereits deutsche Schwarzarbeiter entdeckt worden.

USA: Druck von CIA auf CNN

Am 7. Juni hatte der Fernsehsender CNN berichtet, das Pentagon habe während des Vietnamkrieges 1970 etwa 20 desertierte Soldaten in einem laotischen Dorf durch einen Nervengasangriff töten lassen. Die Autoren des Berichts stützen sich dabei auf Aussagen von Offizieren. Diese bestätigten, daß 100 Menschen bei einem Angriff einer US-Sondereinheit unter Einsatz des Nervengiftes Sarin ermordet wurden. Kurz nach Ausstrahlung der Sendung dementierte jedoch CNN und zog den Bericht als Fälschung aus dem Programm. Die beiden Autoren wurden entlassen.

Nun schreibt Allan Wolper, Professor für Journalismus, im „Editor & Publisher Magazine“, daß Dementi und Entlassung aufgrund erheblichen Drucks durch die CIA vorgenommen wurden. In der CNN-Untersuchungskommission, die den Wahrheitsgehalt des Berichts ergründen sollte, saßen statt neutraler Fachleute vier langjährige leitende CIA-Beamte und ein Vertreter der „Special Forces“. Dieser war eng mit dem damaligen Sicherheitsberater Henry Kissinger verbunden. Wolper schreibt, das Dementi von CNN sei auf den Druck des früheren CIA-Direktors Jesse Helms, Kissingers und des ehemaligen Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs der USA Colin Powell zustande gekommen.

Türkisches Militär zerstörte erneut 21 kurdische Dörfer

Am 1. Oktober hat das Hauptquartier der kurdischen Guerilla ARGK darauf hingewiesen, daß die türkische Armee den einseitigen Waffenstillstand der PKK, den diese zum 1. September begonnen hatte, bisher zur Zerstörung von weiteren 21 kurdischen Siedlungen sowie zu mehreren Luftangriffen auf mutmaßliche Stellungen der Guerilla genutzt hat. Insgesamt habe die Armee 63 militärische Operationen durchgeführt, elf davon richteten sich direkt gegen die Guerilla, die sich in allen Fällen verteidigte. Dabei seien 4 Offiziere und ca. 30 Soldaten auf seiten der türkischen Armee gefallen. Auf seiten der ARGK seien im September 62 Guerillas gefallen.

Zusammenstellung: hav

900 Aktive und Alte Herren versammelten sich am 4. Oktober in der Frankfurter Paulskirche, um des Zusammentretens der Nationalversammlung vor 150 Jahren zu gedenken. Heftige Proteste waren der Versammlung vorausgegangen, trotzdem überließ die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth den „Akademikerverbänden“, die als Veranstalter auftraten, die Paulskirche. Einige Studentenverbindungen, so etwa 200 Kössener und Weinheimer Corps blieben der Versammlung fern, weil man sich „nicht deutlich genug von den „Deutschen Burschenschaften abgesetzt habe“, und es „eine Reihe von Verbindungen gibt, in denen nachweisbar rechtsextremes und nationalistisches Gedankengut vertreten wird und frauenfeindliche und rassistische Ideen fröhliche Urständ feiern. Rita Süßmuth als Ehrengast schien davon noch nichts gehört zu haben: „Ich hätte mir gewünscht, daß mehr Frauen erschienen wären“, erklärte sie selten naiv. Dem „Festakt“ in der Paulskirche war am Samstag eine Tagung vorausgegangen zur Klärung der Rolle der Burschenschaften in der heutigen Gesellschaft. In der Diskussion wurde angemahnt, der „elitäre Anspruch“ dürfe nicht aufgegeben werden. „Der Elitagedanke“, so Gerhard Serges, Sprecher des Convents Deutscher Akademikerverbände, brauche aber nicht eigens propagiert zu werden, sondern „ergibt sich automatisch, durch Auftreten und Ansprache“. – Siehe Bild.



u.b., nach FR, 5.10.98

2. Bundesjugendtreffen in Frankfurt/Oder

Berlin. Mehrere hundert linke Jugendliche werden vom 13. bis 15. November zum 2. Bundesjugendtreffen der PDS in der Grenzstadt Frankfurt/Oder erwartet. Unter dem Motto „Die Zukunft hat die Jugend sowieso, sie braucht die Gegenwart“ werden an diesem Wochenende drei Themen im Mittelpunkt stehen: Was haben die Wahlen gebracht und was kommt mit Rot-Grün, wie können wir konkrete Probleme wie Neofaschismus und Lehrstellenmangel überwinden und wie wollen und sollen sich junge Linke heute organisieren. In drei Messehallen besteht die Möglichkeit, andere kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen.

Ein breites Kulturprogramm sorgt für Fun: Es spielen Argile, Raspootin und Gomjabbar, das Kabarett „Die Oderhähne“, es gibt Lesungen, einen Sprayer- und einen Trommel-Workshop, eine eigene Kongreß-Zeitung und ein Internet-Labor. Bei Anmeldung bis zum 2. November kostet die Teilnahme inklusive Vollverpflegung und Übernachtungsmöglichkeit mit eigenem Schlafsack und Isomatte für Nichtverdienende 10,— DM und für Verdienende 20,— DM, danach 5,— DM mehr. Eine Fahrtkostenerstattung ist nach

Rücksprache bedingt möglich. Anmelden und informieren kann man sich beim Parteivorstand der PDS, z. Hd. Stefan Grunwald, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel.: 030/24009-330, Fax: 030/24009-300, Funk: 01 72/6408649.

Genauere Programminfos gibt die Brandenburger Vorbereitungsgruppe unter: 03311292448.

Plattform gegen Rechtsextremismus

FRANKFURT/ODER. Das immer dreistere Auftreten von Neonazis führte zur Bildung eines großen Bündnisses von über dreißig Parteien, Organisationen, Vereinen, Zusammenschlüssen, Einrichtungen Einzelpersonlichkeiten gegen aktiven und latenten Rechtsextremismus.

Zum Mitwirken in einer „Plattform gegen Rechts“ erklärten sich u.a. bereit: SPD, PDS, DGB, Jusos, DKP, Bund der Antifaschisten, die Antifa, IG-Metall, ÖTV, Asta, die Stadtverwaltung, der Vorstand des Staatsorchesters, Vertreter von Kirchen und Sozialarbeiter. Sie erklärten u.a.: „In den letzten Monaten wurden verstärkt rechtsextremistische Aktivitäten in der Region Frankfurt/Oder beobachtet. So wurden Flugblattaktionen rechtsextremer Gruppierungen vor Frankfurter Schulen und vor dem Arbeitsamt durchgeführt. Ausländische MitbürgerInnen wurden angegriffen. In Auftritten von NPD-Mitgliedern und bei Störaktionen von öffentlichen Veranstaltungen wurde faschistisches Gedankengut verbreitet.“ Dieser Entwicklung wollen die Teilnehmer der Plattform gemeinsam begegnen. Ihr Ziel ist es, in einer breit angelegten Initiative deutlich sichtbare Zeichen gegen rechtsextreme Handlungen zu setzen. Anlässlich des Weltfriedenstag am 1. September vereinten sich antifaschisten im Anschluß

an das Läuten der Friedensglocke an der Oder, um in der Stadt Schmierereien der Rechtsextremisten zu beseitigen. Am 13. September fand ein Aktionstag statt, an dem der Bund der Antifaschisten, Mitglieder des IVVdN, Vertreter der neugegründeten jüdischen Gemeinde und Bürger der Stadt der Opfer des Faschismus gedachten. Neonazis, die den Aktionstag stören wollten, wurden von den Antifaschisten unter dem Beifall Frankfurter Bürger verjagt.

Die Kontaktadresse für die „Plattform gegen Rechts“ in Frankfurt/Oder lautet:

KOWA – Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, Europa-Universität Viadrina, Postfach 776, 15207 Frankfurt/Oder

Abschiebung beschlossen

HANNOVER. Die sieben nigerianischen Flüchtlinge, deren Asylanträge 1996 abgelehnt wurden und die lange Zeit im Kirchenasyl waren wurden, wie berichtet, bei ihrer Meldeverpflichtung beim Ordnungsamt Hannover dort direkt von der Polizei abgefangen und in den Abschiebeknast nach Uelzen gebracht. Am 24.9. wurden sie nach Hannover geschafft und mußten sich gegenüber der Vertretung der nigerianischen Botschaft aus Berlin einem Identitätsfeststellung unterziehen. Aufgrund dieses Verfahrens werden jetzt die noch fehlenden Papiere erstellt, die zur Abschiebung notwendig sind.

Nach wie vor laufen Bemühungen um Weiterreisemöglichkeiten in ein anderes sicheres Land. Nur die Bestätigung eines anderen sicheren Landes, die Flüchtlinge aufzunehmen, kann ihre Abschiebung noch verhindern. Für einen der Flüchtlinge wurde bereits als Abschiebetermin der 27.10.98 genannt. Dagegen laufen vielfältige, wenn auch nur mit wenigen Leuten unterstützte Aktionen. So wurde letzte Woche das SPD-Unterbezirksbüro von 10 Leuten „besetzt“. Wie nicht anders zu erwarten, holten sich die SPD-Vertreter staatliche Unterstützung, die Polizei räumte. Die erstattete Anzeige wurde von der SPD zurückgezogen. Während der „Einheitsfeier“ protestierten Leute vor der Stadthalle, in der die Show ablief. Auch hier wurden sie von der Polizei vertrieben, die Transparente beschlagnahmt. Bei Abholung der Transparente bei der Polizei wurde auf Nachfrage bestätigt, daß die Aktion keine weiteren Schritte nach sich zieht.

Für Anfang Oktober ist eine Pressekonferenz geplant, um neueste Entwicklungen öffentlich zu machen. Am gleichen Tag soll vor dem Ordnungsamt gegen die geplanten Abschiebungen protestiert werden. Für den 22.10.98 ist eine größere Aktion – Kundgebung, Demonstration – geplant. Zu diesem Zeitpunkt hat die Uni wieder begonnen und die bisherige breite Unterstützung von dieser Seite kann wieder aktiviert werden.

bee

10 Jahre nach Ramstein mit seinen 70 Toten und 450 Schwerstverletzten:

Aktion gegen Flugtag in Nörvenich

KÖLN. Der Himmel ist bedeckt, es ist grau und kühl, morgens viertel vor neun. Wir stehen am Haupttor des Militärflughafens, Stützpunkt des Jagdbombergeschwaders Boelcke. Eine endlose Schlange von Autos fährt schon zu dieser frühen Stunde an uns vorüber in den Fliegerhorst hinein. Das wird sich auch den ganzen Tag lang nicht ändern, bis halb fünf, wenn wir unsere Friedenskundgebung beenden.

Wir sind aus Köln gekommen und beginnen, Flugblätter zu verteilen, zusammen mit FriedensfreundInnen aus Nörvenich, Düren, Düsseldorf, Aachen, kräftig gestört und behindert von der Polizei. Sie hat den angemeldeten und bestätigten Ort unserer Kundgebung – den Parkplatz am Eingangstor des Fliegerhorstes – nicht für uns abgesperrt und reserviert: 5 Autos sind dort geparkt, als wir ankommen, 2 Stunden dauert es bis zum Abschleppwagen, wir können nicht richtig aufbauen, alles gerät durcheinander. Heftige Wortwechsel, hochgereizte Stimmung. Und trotzdem, jetzt erst recht: wir machen unsere Kundgebung gegen die allgemeine Militarisierung der Gesellschaft, die allenthalben in Deutschland

40 feindliche Flugzeuge. Ein nach ihm benanntes Geschwader der Wehrmacht war 1937 mittelbar beteiligt an der Vernichtung von Guernica im Spanischen Bürgerkrieg. Heute ist Boelcke Vorbild und Held der Bundeswehr. Dies die echte und wahre Tradition des real existierenden deutschen Militarismus.

An diesem 4. Oktober pilgern 35.000 Menschen aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des nach Boelcke benannten Bundeswehrgeschwaders zum Fliegerhorst Nörvenich. Wir glauben es nicht, obwohl wir es den ganzen Tag lang sehen: in endloser Schlange fahren Autos an uns vorbei in das Haupttor hinein. Die Bundeswehr hat ihren Militärflughafen den Besuchern geöffnet: sie dürfen auf der Start- und Landebahn parkieren. Die Äcker im weiten Umkreis, bei den letzten beiden Flugtagen vor 5 und 10 Jahren als Parkplätze genutzt, sind diesmal vom langen Regen aufgeweicht und nicht befahrbar, daher diese Regelung. Trotzdem gibt es Flugvorführungen: ab zwei Uhr nachmittags beginnt es in der Luft zu donnern. Die Flugzeuge kommen aus Köln.

Wir versuchen weiter mit den Menschen zu sprechen, führen unser „Gelöbnix“ auf als Skelett-Soldaten, machen Musik (Franko und Crazy, die Magic Street Voices), halten Reden (vor allem Waltraud Delarber aus Ramstein, Landtags- und Stadtratsabgeordnete, Vorsitzende des „Verein wider das Vergessen“ in Ramstein, und Jupp Angenfort von der VVN/BdA aus Düsseldorf), bieten den Autofahrern – es sind tatsächlich durchweg Männer, sehr oft allein in ihren Wagen – unsere Flugblätter an.

Und dann kommen allmählich auch immer mehr Menschen zu Fuß: all die jungen Familien mit ihren Kindern, auf den Schultern des Vaters, im Arm der Mutter, im Kinderwagen geschoben: alle



auf dem Weg zu den Kriegswaffen, sehr zielstrebig an uns vorübergehend, nicht links noch rechts guckend, und mit uns wollen sie schon gar nichts zu tun haben: sie sind auf dem Weg zum großen Erlebnispark, zum großen Abenteuer-technikspielplatz Bundeswehr mit all den tollen Kriegswaffen. Es ist schlimm, nur danebenstehen und kaum etwas vermitteln zu können.

Am nächsten Tag wird in den Dürener Nachrichten zu lesen sein: „Wenn die breite Masse der Bevölkerung gegen die Veranstaltung wäre, dann wäre auch die Demonstration vor dem Kasernen- tor größer. Im Gegenteil, die Bevölkerung hat großes Vertrauen zu uns.“ Zitiert wird mit diesen Worten der lokale Befehlshaber, Boelcke-Kommodore Oberst Gerd Ruge. Hat er recht? Wohl kaum. Vor 10 Jahren fand am selben Tag, als sich in Ramstein die Katastrophe ereignete – am 28.8.88 – auch in Nörvenich ein Flugtag statt, der vor allem dadurch berühmt-berüchtigt wurde, daß die Herren Offiziere abends ungerührt ihren feucht-fröhlichen Fliegerball feierten, obwohl sie längst von dem schrecklichen Unglück in Ramstein wußten und von den vielen Menschen, die dabei getötet worden waren. An diesem Tag wurden in Nörvenich 230.000 Besucher gezählt, da waren die Felder schwarz von Autos bis zum Horizont. Das ist zehn Jahre her. Beim darauffolgenden Flugtag, fünf Jahre später, waren es nur noch 30.000 Besucher, – mit Sicherheit die Antwort der Menschen auf das schreckliche Geschehen in Ramstein. Und jetzt, wieder 5 Jahre später, sind es wieder nur etwa 30.000 Besucher. Noch zwei Tage zuvor hatte die Bundeswehr öffentlich mit 150.000 Zuschauern gerechnet – von „breiter Masse“ à la Oberst Ruge kann also wahrlich nicht die Rede sein. Und das ist doch eigentlich ein Grund zur Freude. Nur: wir selber sollten ein paar mehr sein das nächste Mal.

K.H., Friedensforum Köln



Kinder werden mit Kriegsgesicht vertraut gemacht.

Foto: arbeiterfotografie, senn

betrieben wird in Form dieser sog. „Tage der Offenen Tür“ auf Militärgelände und in Form von „Öffentlichen Gelöbnissen“ von Bundeswehrsoldaten – all dies nichts anderes als Vorbereitungen für die weltweit geplanten out-of-area-Einsätze der „neuen Bundeswehr“. Das Militär soll der Bevölkerung wieder nahegebracht werden, es soll wieder „normal werden“. Vorbereitung auf die kommenden Kriegeinsätze: dafür ist eine Akzeptanz in der Bevölkerung erforderlich, und die wird von der Bundeswehr seit langem schon planmäßig betrieben, heute mit dem Jagdbombengeschwader Boelcke.

Oswald Boelcke – Vorbild und Held der Nazis, „erledigte“ er doch im 1. Weltkrieg

„Regionale Märkte weltweit schützen“

Colin Hines, langjähriger Greenpeace-Wirtschaftstheoretiker, will mit Handelsbarrieren lokale Marktstrukturen wieder aufbauen und schützen: „Neuer Protektionismus“ als Alternative zum Neoliberalismus

Sie wollen lokale Märkte schützen. Wo hört „lokal“ auf und wo fängt „global“ an?

Der Hauptaspekt des „Neuen Protektionismus“ liegt darin, das Hauptobjekt unserer jetzigen Politik zu ändern: Momentan geht es vor allem darum, international wettbewerbsfähig zu sein, ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Kriterien. Unter „Neuem Protektionismus“ verstehen wir dagegen ein Wirtschaftsmodell, in dem die verschiedenen Länder all die Güter produzieren sollen, die sie produzieren können – das heißt, es wird ein möglichst hoher Grad an Selbstversorgung angestrebt. Fernhandel soll es nur geben, wenn es wirklich notwendig ist.

Die Grenzen der einzuführenden Handelseinheiten müßten erst festgelegt werden. Es kann sein, daß sich verschiedene Länder mit anderen zusammenschließen müssen, um diese lokalen Märkte sinnvoll zu gestalten. Bei einigen Ländern könnte die Selbstversorgung in einer Teilregion gegeben sein. Es ist letztendlich die Sache der einzelnen Länder, die optimalen Grenzen herauszufinden.

Wird die Wachstumsideologie, die derzeit unsere Wirtschaft beherrscht, durch lokale Marktwirtschaft tatsächlich gestoppt?

Ja, denn im lokalen Markt können wir die positiven Aspekte des Wettbewerbs ausnutzen und so zum Beispiel verhindern, daß Monopole entstehen. Firmen sollten gezwungen werden, lokal zu verkaufen, während auch das Kapital innerhalb dieses Marktes bleiben muß. Eine Art „Ressourcensteuer“ sollte zum einen eine Finanzierung für die Übergangsphase darstellen, zum anderen auch den Umweltschutz garantieren.

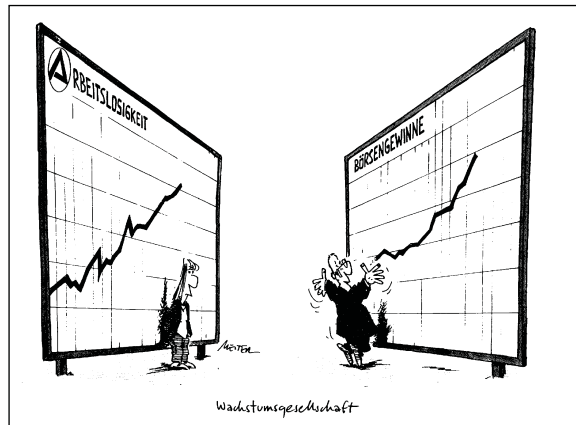
Mit welchen Mitteln würde dieser lokale Markt geschützt werden?

Wir müßten natürlich Tarifgrenzen einführen, so daß es teurer wäre, die importierten Waren als die lokalen zu kaufen. Das hieße auch, Landesgrenzen und Kontrollen wieder einzuführen. Natürlich ist das auf eine Art unbequem, doch ich den-

ke, die Vorteile einer solchen Marktwirtschaft würden diese Unannehmlichkeiten wettmachen.

Das klingt alles nicht unbedingt realistisch. Was passiert zum Beispiel, wenn nicht alle sich für den „Neuen Protektionismus“ entscheiden und weiterhin freien Handel betreiben?

Es muß ein Umdenken stattfinden. Die



jetzige Europäische Union hat versagt – sie ist nicht in der Lage, den Menschen genügend Arbeitsplätze zu verschaffen, sie kann die Umwelt nicht erhalten und schützen – das ist alles sehr gut bekannt. Die Methoden, die zur Zeit von den Politikern vorgeschlagen werden, werden die Zahl der Arbeitslosen noch mehr in die Höhe treiben. Alle wollen vor allem ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig machen. Wer das macht, bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil, denn gerade die arbeitsintensiveren Sektoren eines Landes, wie der Aufbau von Infrastrukturen, die Gesundheitsversorgung etc. sind nur durch Steuergelder zu finanzieren – wer wettbewerbsfähig sein will, wird jedoch Steuern senken müssen und somit auch Stellen abbauen.

Es wird immer klarer, daß das jetzige Modell nicht funktioniert. In Amsterdam haben im Juni 50.000 gegen Arbeitslosigkeit demonstriert – ohne die Unterstützung von den offiziellen Gewerkschaften. Diese Menschen protestieren gegen das, was im Moment stattfindet. Wir dürfen nicht nur Kritik üben, sondern müssen auch neue Ideen entwickeln – der „Neue Protektionismus“ ist eine davon. Wenn die Dinge wirklich schlecht liegen, steigt auch der Wille der Menschen für einen grundsätzlichen Wechsel.

Findet das Modell eine breite Unterstützung?

Tatsächlich wird zur Zeit die Idee, lokale Wirtschaftsstrukturen wieder aufzu-

bauen und zu schützen, sehr breit diskutiert. Für ein regelrechtes politisches Modell braucht es natürlich viel Zeit.

Wie steht es in diesem neuen Modell mit der internationalen Solidarität? Wird sie dort überhaupt möglich sein?

Ja, und das ist ein zentraler Punkt des „Neuen Protektionismus“. „Neu“ bedeutet hierin, daß es darum geht, lokale Märkte weltweit aufzubauen und zu schützen. Es ist kein Modell, das sich auf Europa beschränkt! Dasselbe Modell soll die lokalen Strukturen in den Entwicklungsländern schützen. Freier Handel ist sicher nicht die Antwort auf ihre Probleme, im Gegenteil, was im Moment stattfindet, ist Ausbeutung, ist weiterhin ein Ausverkauf dieser Länder.

Wird denn der sogenannte „Faire Handel“ im „Neuen Protektionismus“ noch erlaubt sein?

Ja, natürlich. Jede Region könnte weiterhin die Produkte einführen, die sie selbst nicht produzieren kann. Wir können hier ja keinen Kaffee, Tee oder Bananen anbauen.

Man könnte auch sagen, daß wir diese Dinge nicht unbedingt brauchen...

Sicher, doch ich sehe kein Problem in diesem Handel – wenn wir für die Produkte einen realen Preis bezahlen.

Wenn Sie Slogans wie „Europas Regionen schützen“ verwenden, könnte das auch vom politisch rechten Ufer kommen. Wie grenzen Sie sich von Nationalisten und Rechtsextremen ab?

Was wir im Moment haben, ist ein Auftauchen des „Faschismus des freien Marktes“. Ich meine damit, daß Rechtsextremismus gerade deshalb wieder so stark aufkommt, weil dieses System die Leute unsicher macht. Diese Unsicherheit wird von Rechtsextremen geschürt und ausgenutzt. Allein die Tatsache, daß unsere Ideen, lokale Strukturen zu schützen, als „rechts“ abgestempelt werden könnten, sollte sie nicht stoppen. Wir sollten im Gegenteil unsere Ideen und Modelle jetzt zügig weiterentwickeln statt uns in der Ecke zu verstecken. Tatsächlich ist der „Neue Protektionismus“ internationalistisch – entscheidend ist der globale Aspekt.

Das Gespräch führte Danièle Weber von der luxemburgischen Zeitung „Grénge Spoun“ im Frühjahr 1997. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Abschiebungsaufschub um 2 Monate

Kempten. Das Fest am 11. September zur Unterstützung der Forderung, daß Tülay O. und ihre zwei Kinder ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen und nicht wegen der Scheidung in die Westtürkei abgeschoben werden, war ein großer Erfolg. Der Unterstützerkreis hatte es in Kempten organisiert.

Über 200 Menschen nahmen teil. Sie hörten Informationen von E. Köhler, MdL der Grünen, zu rechtlichen und politischen Fragen, von U. Graf, Unterstützerkreis Kempten, zu Einschätzung der Unterstützer und zum weiteren Vorgehen, und von E. Müller, der ehemaligen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Kempten, zur persönlichen Lage von Tülay O. und ihren Kindern. Es gab viel Interesse bei den Besuchern des Festes, aber kaum Verständnis für die Position des bayerischen Innenministers Beckstein, der mit jedem Mittel eine positive Entscheidung verhindern will, die zugezogenen Ehegatten ein eigenständiges Bleiberecht auch nach der Scheidung zugesteht, weil eine „außergewöhnliche Härte“ (§ 19 Ausländergesetz) dies verlangt. Das Innenministerium und auch das Verwaltungsgericht Augsburg hatten unisono erklärt, daß für die Kurdin Tülay O. und ihre Kinder in der Westtürkei ein Leben ohne Schaden möglich sei.

Am 24. September tagte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in München dazu. Ein Urteil wurde nicht gesprochen. Die vom Anwalt - und den Unterstützern - vorgelegten Gründe für eine „außergewöhnliche Härte“ wurden kaum behandelt. Da wollte scheint's der VGH nicht an den vom bayerischen Innenministerium und Verwaltungsgericht vorgegebenen Positionen rütteln. Statt-

dessen wurde ein Kompromißvorschlag behandelt, den die Stadt Kempten während des Verfahrens vortrug: Tülay O. sei zur Zeit zu sehr suizidgefährdet, als daß man sie abschieben könne. Man solle doch bis in zwei Monaten warten. Und so solls nun geschehen: Ende November soll erneut vor dem VGH beraten werden. Dann wiederum über einen Kompromißvorschlag der Stadt Kempten - also wieder nicht für eine Urteilsfindung.

Man weiß natürlich nicht, wie der neue Kompromiß aussehen wird, wieviele Monate Abschiebeaufschub aus „humanitären“ Gründen er beinhalten wird. Auf jeden Fall dürfte ein nochmaliges

Hinausschieben einer Entscheidung nicht gut sein für den Gesundheitszustand von Tülay O. und von ihren Kindern.

Auffällig ist, daß seit der Stadtratssitzung am 14. Mai 1998 der OB, das Rechtsreferat und die Ausländerbehörde sehr vehement behauptet haben, sie hätten in dieser Sache überhaupt keine Entscheidungsbefugnis. Entsprechende Hinweise seitens des Unterstützerkreises wurden mit z.T. bösen Briefen zurückgewiesen. Nun plötzlich kann die Stadt Kempten gleich zweimal sehr selbstständig (wie es immerhin den Anschein hat) vor dem VGH auftreten und Kompromißvor-



Demonstration am 16. Mai in Kempten. 1300 Unterschriften wurden gesammelt für ein Bleiberecht von Tülay.

Ausländerbeirat droht mit Rücktritt wegen Mittelkürzung.

SCHWEINFURT. Der Ausländerbeirat der Stadt Schweinfurt hat das für vergangenen Samstag auf dem Marktplatz geplante Ausländerfest abgeblasen und stattdessen in einer Flugblattaktion die Aufstockung seines gekürzten Finanzsatzes durch die Stadt auf mindestens 25.000 DM gefordert, andernfalls der gesamte Beirat zurücktreten werde und Neuwahlen stattfinden müssten. OB Grieser spricht von „glatter Erpressung“.

Es stimmt sie nicht nachdenklich, daß in der jungen Geschichte des Schweinfurter Ausländerbeirats bereits eine ganze Reihe von Beiratsvorsitzenden und -mitgliedern zurückgetreten sind, weil sie unter den von der Stadt vorge-

gebenen Bedingungen eine sinnvolle Arbeit nicht für machbar hielten.

Der Ausländerbeirat der Stadt Schweinfurt informiert:

„Es gibt nichts zu feiern! - Vom 26. September bis 3. Oktober findet bundesweit die „Woche des ausländischen Mitbürgers“ statt. In den meisten Städten werden die Veranstaltungen, die in diesem Zusammenhang stattfinden, von den jeweiligen Ausländerbeiräten ausgerichtet ... Auch in diesem Jahr war ein solches Fest, am 3. Oktober 1998 geplant. Es wurde abgesagt.

Abgesagt wurde das „Ausländerfest“, gedacht wird an diesem Tag der „Wiedervereinigung Deutschlands“. Abgesagt wurde nicht aus organisatorischen Gründen! Nein! Ausschließlich aus finanzpolitischen Gründen. Der Schweinfurter Ausländerbeirat hat keinen

Grund zu feiern! - Seit fast einem Jahr hat der Beirat mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Wie aus Presseberichten ersichtlich ist, hat die Beschäftigung mit den Geldproblemen den größten Teil der Aktivitäten des Beirates gebunden. Schuld an der finanziellen Misere trägt die Mehrheitsfraktion im Schweinfurter Stadtrat. Sie hat in den Haushaltsberatungen für das Jahr 1998 den Zuschuss des Ausländerbeirates mehr als halbiert, obwohl der bisherige Etat gerade zur Deckung der Unkosten reichte.

Fazit: Der Ausländerbeirat der Stadt Schweinfurt ist praktisch zahlungsunfähig. Die Ausrichtung eines Festes anläßlich der „Ausländerwoche“, bei dem sich die Repräsentantin der Stadt Schweinfurt bisher immer als besonders ausländerfreundlich darstellte, ist damit unmöglich.“ cls

200.000 Menschen gegen den Transrapid

130.000 Unterschriften sind in Berlin bei der Berliner Volksinitiative gegen den Transrapid zusammengekommen. Jetzt müssen die Unterschriften noch behördlich geprüft werden, was dauern kann. Dann muß das Abgeordnetenhaus mit Sprechern der Initiative erneut über das Projekt – für das eine angekündigte neue Kostenkalkulation bezeichnenderweise seit vier Monaten überfällig ist – beraten. Zum erfolgreichen Abschluß der Berliner Volksinitiative erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der PDS im Abgeordnetenhaus, Jutta Matuschek, am 1. Oktober:

Die erste Berliner Volksinitiative hat einen überzeugenden Erfolg errungen. 130.000 Berlinerinnen und Berliner unterstützen das Anliegen, den Bau des Transrapid zwischen Berlin und Hamburg zu verhindern.

Addiert man die 70.000 Unterschriften aus dem Volksbegehren in Brandenburg dazu, haben sich nunmehr 200.000 Menschen schriftlich gegen den Transrapid gewandt.

Das ist ein eindeutiges, und in der bisherigen Geschichte einmaliges, politisches Votum an die neue Bundesregierung wie auch an die betroffenen Landesregierungen.

Wenn Gerhard Schröder sein Vorhaben, die bisherige Politik auch einer Finanzprüfung zu unterziehen, beibehalten will, bleibt ihm schon allein wegen der bevorstehenden Transrapid-Pleite keine andere Möglichkeit, als von sich aus den Ausstieg aus diesem Projekt zu betreiben.

Die Grünen müssen, wollen sie nicht ihre Glaubwürdigkeit vor ihren Wählern verlieren, den Transrapid sehr wohl in den Koalitionsverhandlungen zur Sprache bringen und ebenso den Ausstieg, und zwar den schnellen Ausstieg durchsetzen.

Die künftige Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern wird sich über ihr Verhalten im Bundesrat zu diesem Projekt klarwerden müssen.

Die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, insbesondere die SPD-Abgeordneten, müssen bei der durch die Volksinitiative erzwungenen Debatte entscheiden, ob sie an den bisherigen Abstimmungsverhalten festhalten oder ob sie, wie es die PDS fordert, alle zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mittel, einschließlich einer Bundesratsinitiative, einzusetzen, um den Bau der Magnetbahn zu verhindern.

Die PDS bleibt bei ihrem entschiedenen NEIN zum Transrapid auf allen parlamentarischen Ebenen. Die PDS Berlin dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern sowie Helferinnen und Helfern der Volksinitiative.

PDS-Zugewinne, aber Verluste in Potsdam und Frankfurt

Kommunalwahl in Brandenburg

Eine erste Auswertung der Kommunalwahlergebnisse war eines der Themen einer Aktiven-Konferenz der PDS Brandenburg am vergangenen Wochenende. Hier erst einmal eine Übersicht über die PDS-Ergebnisse nach Kreisen und kreisfreien Städten, wobei hinzugefügt werden muß, daß die Wahlbeteiligung – vermutlich wegen der Zusammenlegung mit den Bundestagswahlen – fast durchweg um ca. 20 Prozent zunahm.

Die landesweiten Ergebnisse

Partei	1998 absolut	in %	'93 in %
SPD	1.701.102	38,96	34,50
PDS	945.656	21,66	21,19
CDU	934.338	21,40	20,56
FDP	181.131	4,15	7,09
Grüne	180.937	4,14	4,19

Die rechtsextremistischen und offen neofaschistischen Parteien erreichten landesweit zwar nur ganz geringe Stimmenzahlen, allerdings in der Hauptsache, weil sie nur sehr wenige Kandidaten aufgestellt hatten. Landesweit kamen deshalb die Reps auf 5.321 Stimmen bzw. 0,12%, die NPD auf 2.217 Stimmen bzw. 0,05%, der Bund Freier Bürger auf 1.883 Stimmen bzw. 0,04%. Dort wo sie mit Kandidaten antraten, lagen ihre Stimmenanteile aber leider deutlich höher. So erreichten die Reps in Eisenhüttenstadt ca. 5% der Stimmen und werden künftig mit 2 Sitzen im Stadtparlament vertre-

ten sein. Außerdem sitzt ein Vertreter der Reps jetzt im Kreistag von Teltow-Fläming. In Fürstenwalde erreichte die NPD etwa 5% und hat künftig 2 Sitze, außerdem errang sie einen Sitz in Frankfurt/Oder. In Frankfurt/Oder ist zudem auch der Bund Freier Bürger mit einem Sitz in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. In Brandenburg gibt es bei den Kommunalwahlen keinerlei Sperrklausel, so daß, sobald genügend Stimmen für 1 Sitz gewonnen wurden, damit der Einzug in einen Kreistag, Stadtverordnetenversammlung oder eine Kommunalvertretung gesichert ist.

Die Ergebnisse der PDS sind unterschiedlich. Die Partei hat überall absolut an Stimmen hinzugewonnen, aber zugleich in Städten wie Potsdam und Cottbus prozentual zum Teil erheblich verloren. Wobei im Vorfeld der Konferenz dem Eindruck, generell habe die Partei in „Hochburgen“ und größeren Städten prozentual verloren und auf dem flachen Land gewonnen, widersprochen wurde.

So hat die PDS auch in der Stadt Brandenburg absolut und prozentual gewonnen, auch in anderen bisherigen Hochburgen wie zum Beispiel Barnim, Eberswalde, in der Prignitz und in der Südlasitz legte die Partei deutlich zu. Je näher aber die Wahlgebiete an Berlin heranrückten, vor allem im unmittelbaren „Grüngürtel“ rund um Berlin, sanken die



Neofaschistische Gruppen wie die JN und der „Bund für Gesamtdeutschland“ hatten in Berlin für den 3. Oktober zu einer neuen revanchistischen Aktion aufgerufen. Mit einer Demonstration vom Brandenburger Tor aus wollten sie den „Tag der Einheit“ zu einem „Tag der Heimat“ umfunktionieren und ihre Ansprüche auf Rückgabe ihrer alten Rittergüter in Polen und weiter östlich anmelden. Der „Bund für Gesamtdeutschland“ hatte schon vorher Aufsehen erregt mit einer Briefkampagne, bei der hunderten von polnischen Staatsbürgern aus der BRD Briefe ins Haus geschickt wurden, in denen angebliche deutsche „Alteigentümer“ ihre Ansprüche auf Haus und Hof anmeldeten. 20.000 Teilnehmer waren für Berlin angekündigt. Es kamen 20, die unter dem Schutz von 300 Polizisten einige Straßen „demonstrierten“ (Bild) – geschützt gegen ca. 300 Antifaschisten, die mit Pfiffen und Parolen den Zug „begleiteten“. (rül)

Zuwächse der PDS ab. Hier eine Übersicht über die PDS-Ergebnisse bei den Wahlen zu den Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städten. Die übrigen Ergebnisse standen zum Teil bei Redaktionsschluß noch aus, so daß eine ins einzelne gehende Auswertung noch nicht möglich war.

Wahlgebiet	1998 in %	1993
Barnim	26,89	23,31
Potsdam-Mittelmark	18,94	17,43
Oberspreewald-Lausitz	18,77	18,48
Oder-Spree	21,87	21,28
Ostprignitz-Ruppin	15,99	15,11
Stadt Cottbus	23,94	27,89
Stadt Potsdam	32,16	38,36
Dahme-Spreewald	21,03	20,97
Elbe-Elster	18,31	14,92
Teltow-Fläming	20,13	18,88
Spree-Neiße	20,34	20,12
Prignitz	17,66	13,44
Oberhavel	20,86	21,60
Märkisch-Oderland	24,62	22,73
Havelland	18,23	18,28
Stadt Frankfurt/Oder	29,10	33,88
Stadt Brandenburg	21,75	19,77

Die Aktiventagung der Brandenburger PDS verabschiedete am 10. Oktober eine Erklärung, in der es u.a. heißt:

„Die CDU/CSU/FDP-Koalition in Bonn ist abgewählt; die neuen Mehrheitssverhältnisse bieten die Chance auf einen Politikwechsel – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Tornado-Einsätze gegen Jugoslawien, eine militaristische Außenpolitik insgesamt stellen keinen Politikwechsel dar ...

In Brandenburg ist die PDS die einzige Landtagspartei, die bei den Bundestagswahlen auch prozentual zulegen konnte, während die SPD leichte Verluste hinnehmen mußte. Bei den Kommunalwahlen hat die PDS Brandenburg landesweit ihre Position als zweitstärkste Partei auf dem Niveau einer beträchtlich höheren Wahlbeteiligung als 1993 stabilisieren können ... Mit Beunruhigung und Sorge sehen wir jedoch, daß die Rechtsextremen im Land Brandenburg ihr Wählerpotential drastisch vergrößern konnten. ... Wir wollen starke Kommunen, starke Bundesländer, einen lebensfähigen Föderalismus. Die Stärke der Länder aber ist vor allem eine Frage der finanziellen Möglichkeiten und der politischen Kompetenzen, über die sie verfügen. Wenn gerade die brandenburgische SPD sich damit zufriedengibt, daß Bundeskanzler Schröder den Osten zur 'Chefsache' im Kanzleramt machen will, dann ist das keine akzeptable Vision für Brandenburgs Zukunft. Den ersten Nachweis für die Ernsthaftigkeit ihres Veränderungswillens muß die SPD in Brandenburg in der Diskussion und bei der Entscheidung über den Landshaushalt und das Gemeindefinanzierungsgesetz erbringen.“ *rül*

Quellen: Landeswahlleiter Brandenburg, Vorläufige Ergebnisse der Kommunalwahlen am 27.9.98

MINDESTSTANDARDS:

Stuttgart. In einem Gesetzesentwurf zum Kindergarten-gesetz und dem Finanzausgleichgesetz fordern die Grünen die Erhaltung von Mindeststandards. In der Begründung heißt es: „§ 9 legt Mindeststandards für den Betrieb von Kindergärten fest. Diese orientieren sich an den schon in der Vergangenheit von Kommunen und freien Trägern eingehaltenen Mindestanforderungen. Insbesondere von den Eltern wurden in der Vergangenheit immer wieder Befürchtungen geäußert, daß sich die Bedingungen in den Kindergärten Baden-Württembergs weiter verschlechtern können. Mit der Festlegung von Mindeststandards übernimmt das Land die Verantwortung für die Sicherung landesweit vergleichbarer Standards.“ Tatsächlich sind es nicht nur Befürchtungen, die Eltern haben: Nicht nur in ländlichen Gebieten gibt es bereits wieder Gruppen mit über 30 Kindern und wird Fachpersonal abgebaut.

„HALTET DEN DIEB...“ *Emmendingen.* Hauptsächlich CDU-Stimmen hatten im Gemeinderat die Benennung einer kleinen Sackgasse in der Emmendinger Innenstadt nach Simon Veit verhindert. Simon Veit war Vorsteher der jüdischen Gemeinde und wurde 1940 in das Lager Gurs deportiert, was er nicht überlebte. Dagegen gab es Leserbriefe, es wurden Unterschriften gesammelt. Die Besucher der Wahlveranstaltung mit dem PDS-Kandidaten Winfried Wolf verabschiedeten eine weitergehende Resolution: Die Stadt Emmendingen und das Land Baden-Württemberg wurden aufgefordert, die neue Synagoge mitzufinanzieren. War es nun diese Resonanz oder das Ergebnis der Bundestagswahl oder etwa Einsicht – die Emmendinger CDU fordert nun die Umbenennung des ehemaligen evangelischen Gemeindehauses in „Simon-Veit-Haus“.

SOZIALEN WOHNUNGSBAU FÖR-

München. Die neue Bundesregierung muß den genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern, wie ihn sozial orientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften betreiben. Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) fordert schon lange die Stärkung der wirtschaftlichen Substanz dieser sozial orientierten Wohnungsunternehmen. Damit könnte erreicht werden, daß sich dieser Sektor der Wohnungswirtschaft wieder etwas schwungvoller entwickeln kann und mittel- und langfristig die Wohnungsspekulation ausgerottet wird. In den 481.000 Wohnungen des VdW Bayern leben 1,2 Mio. Menschen – jeder fünfte Mieter in Bayern. Über ein Drittel (167.735) der Wohnungen befinden sich in genossenschaftlicher Hand, ca. 45 % sind öffentlich gefördert. Der Anteil der

öffentlich geförderten Wohnungen, die von VdW-Mitgliedsunternehmen 1997 erstellt wurden, betrug 72 %, die Genossenschaftswohnungen, die in die Sozialbindung gingen, sogar 88 %.

KONZERN STADT: *Essen.* Bis zum nächsten Herbst, wenn erstmals der Oberbürgermeister direkt gewählt wird, will die Stadt Essen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Kommune wie ein Konzern mit 5,2 Mrd. DM Etat geführt werden kann. Dieser soll dann nach dem mit Roland Berger erarbeiteten Konzept gemeinsam mit fünf Vorstandsmitgliedern die Verantwortung für die strategische Steuerung der Stadtämter und Beteiligungsunternehmen tragen. Geplant ist, bei den 30 Ämtern und 20 Beteiligungsunternehmen mit insgesamt 17.800 Beschäftigten jährlich 200 Planstellen abzubauen. Das soll ein Sparpotential von 150 bis 250 Mio. DM erbringen. Um den Haushalt bis 2001 auszugleichen, soll auch das „Tafelsilber“, hauptsächlich die Beteiligung an der RWE AG, nicht geschont werden. Zwar soll nach dem Konzept vermieden werden, daß die Beteiligungsunternehmen quasi autonom agieren, aber „Eingriffe in die Unternehmen, die im Wettbewerb stehen“, sollen unterbunden werden.

KOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT:

Dresden. Die PDS hat einen Gesetzesentwurf zur Kommunalen Zusammenarbeit vorgelegt: „Wir wollen die sofortige und unbefristete Wiedereinführung des § 8 Absatz 2 im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit, d. h. die Wiederherstellung der verfassungsrechtlich garantierten Kooperationshoheit der Gemeinden, die sich zu einem Verwaltungsverband bzw. einer Verwaltungsgemeinschaft zusammengeschlossen haben oder die per Gesetz zusammengeschlossen werden. Dazu gehört insbesondere das Recht der Mitgliedsgemeinden solcher Strukturen, über die konkrete Aufgabenzuweisung und die Organisation der Gemeindeverwaltung im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit selbst zu bestimmen. Bekanntlich soll nach gegenwärtiger Gesetzeslage den Mitgliedsgemeinden dieser Zusammenschlüsse, die nicht in der Funktion einer ‚erfüllenden Gemeinde‘ sind, ab 1.1. 1999 jegliche ‚papierverarbeitende Verwaltung‘ – was immer sich auch dahinter verbergen mag – entzogen werden, wodurch die fort-dauernde politische Selbständigkeit dieser Gemeinden nur noch Plazebo-Funktion hätte und selbst hauptamtliche Bürgermeister zu Marionetten degradiert werden würden. Die PDS greift damit die konstruktiven Vorschläge aus unzähligen Bürgermeisterbriefen im Rahmen des Anhörungsverfahrens auf und setzt eine konkrete Forderung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages in Gesetzes-

OPEL BOCHUM, 7.10.98: BÄNDER STANDEN IM WERK I.

Belegschaft fordert 300 Neueinstellungen. Ultimatum an die Geschäftsleitung. Um 10.30 Uhr versammelten sich ca. 1800 Kolleginnen und Kollegen, überwiegend aus Lackiererei, Fertigmontage, Endmontage und anderen Bereichen und marschierten zum Verwaltungsgebäude D I. Sie wollten der Geschäftsleitung die unerträglichen Zustände, aufgrund der Personalknappheit in den Abteilungen, deutlich machen. Nach kurzer Zeit erschien Dr. Wruck (Personaldirektor) und K.F. Stracke (Fertigungsdirektor). Kollegen ergriffen über Megaphon das Wort:

- Gruppensprecher sind zum größten Teil voll in die Produktion eingebunden und können so ihren eigentlichen Aufgaben nicht nachkommen
- Springerpausen werden wegen Personalmangel meistens kollektiv gewährt

- Ablösungen zum Sani sind kaum möglich

- selbst zum Pinkeln fehlt die Ablösung

- Fahrer stehen unter dem Druck permanent gegen die Arbeitsvorschriften zu verstoßen (z.B. schneller zu fahren als erlaubt)

- die „viel gepriesene Qualität“ kann unter dem steigenden Zeitdruck nicht mehr erbracht werden

Fazit: überall fehlt Personal!

K.F. Stracke verwies auf die erfolgte Verlängerung der Zeitverträge und betonte, seiner Meinung nach wäre genug Personal an Bord und niemand sei überlastet. (Das ergab großes Gelächter)

Der Vergleich zwischen den Werken (Benchmarking), zwingt „UNS“ in Bochum die Produktivität noch weiter zu steigern. Die Qualität habe aber nach wie vor oberste Priorität. (Das ergab wiederum großes Gelächter)

Die Frage nach Verlagerung der Kleinteileschweißerei nach Kaiserslautern erwiderte K.F. Stracke: das werde geprüft, Hintergrund sei es, Beschäftigung nach Kaiserslautern zu vergeben.

Die Frage nach der Zukunft der Logistik, beantwortete Stracke mit einem peinlichen Versprecher: „Die Pläne für die GmbH sind vorerst in der



Schublade“. Gegen 11.40 Uhr wurde das Anliegen der KollegInnen nochmals zusammengefaßt in der Forderung:

300 Neueinstellungen! Ultimatum: Erklärung der Geschäftsleitung dazu bis Freitag 9.10.98 um 11.00 Uhr.

Das war eine spontane, gelungene und selbstorganisierte Aktion!

STANDORTE extra 7, Belegschaftszeitung von GM/Opel-Bochum vom 7. Oktober 1998.

Flugblatt des Opel-Betriebsrats vom 9.10.1998

Unternehmensleitung lenkt ein! Erstes Verhandlungsergebnis macht Hoffnung: Am gestrigen Abend um 18 Uhr gab es ein erstes Ergebnis der Gespräche zwischen dem Betriebsrat und der Betriebsleitung. Die Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen haben endlich Gehör gefunden es wird unverzüglich eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Betriebsrats und Vertretern der Unternehmensleitung gebildet. Diese hat die Aufgabe, in den Linienbereichen die dramatischen Arbeitsbedingungen direkt vor Ort zu untersuchen und unverzüglich zu beheben.

Die Bandgeschwindigkeit wird sofort um 2,5% abgesenkt.

Es werden weitere 50 Neueinstellungen ab sofort vorgenommen.

Darüber hinaus werden die Verträge von 35 weiteren Kolleginnen und Kollegen, deren Verträge im Oktober ausgelaufen wären, für weitere 6 Monate verlängert.

Dies ist ein erstes Verhandlungsergebnis. In 3 Wochen wird der Betriebsrat und die Unternehmensleitung eine erneute Analyse der Situation vornehmen. Für den Fall, daß die momentan prekäre Situation nicht deutlich verbessert

ist, hat der Betriebsrat seine Option auf weitere Einstellungen offen gehalten.

Der Betriebsrat, Opel Bochum, Bochum (aus CL-Netz)

SONDERURLAUB STATT WEIHNACHTSGELD.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst Berlins können statt Weihnachtsgeld auch bis zu vier Wochen bezahlten Sonderurlaub nehmen. Von dieser Möglichkeit, die im vergangenen Jahr eingeführt wurde, haben 1997 insgesamt 682 Beschäftigte Gebrauch gemacht. In diesem Jahr wurden bereits 1.571 Anträge gestellt, wovon aber 144 abgelehnt wurden.

49 Prozent der Antragsteller sind im gehobenen Dienst, 33 im mittleren. Nur 16 Prozent kommen aus dem höheren Dienst, die das meiste verdienen, aber sich offensichtlich für unabhkömmlich halten. Nur 2 Prozent der Anträge werden von Beschäftigten des einfachen Dienstes gestellt.

Bisher sparte der Senat auf diesem Wege 6 Millionen Mark ein, davon konnten rechnerisch 85 Beschäftigte aus dem Personalüberhang finanziert werden.

KÜNDIGUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST.

Verordnung zum Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen weiterhin gültig: Die im Mai vergangenen Jahres abgeschlossene Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung gilt vorerst weiter. Sowohl der Berliner Senat als die Gewerkschaften hätten bis zum 30. September die Kündigung zum Jahresende aussprechen können. Die Vereinbarung, die den Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen und soziale Regelungen bei der Frage des Personalüberhangs re-

gelt, dient dem „sozialverträglichen“ Personalabbau. Seit 1992 wurden im unmittelbaren öffentlichen Dienst Berlins insgesamt 44.000 Stellen abgebaut.

Verschiedene Äußerungen in den letzten Wochen, daß der Personalabbau auf diese Weise nicht schnell genug voran gehe, da bereits mehrere tausend Beschäftigte auf den Personalüberhanglisten stehen und immer mehr dazu kommen, wie auch die Tatsache, daß etliche Millionen Mark für Personalausgaben im Nachtragshaushalt eingebracht werden müssen und die Beschäftigten deshalb einen finanziellen „Eigenbeitrag“ bei der nächsten Tarifrunde zu erbringen hätten, haben Unruhe unter den Beschäftigten aufkommen lassen. Kurz vor den Wahlen ließ die Senatsinnenverwaltung deshalb mitteilen, daß man nicht an eine Kündigung dieser Vereinbarung denke.

BESCHÄFTIGTE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES SOLLEN WESTTARIF ERHALTEN.

Die Beschäftigten des Deutschen Bundestages, immerhin rund 4.000 an der Zahl, sollen nach dem Berlin-Umzug Westtarif erhalten. Dies hat die Bonner Personal- und Sozialkommission in ihrer letzten Sitzung kurz vor der Wahl beschlossen. Die Vergütung soll einheitlich sein, auch wenn sich der Einsatzort ständig im Ostteil der Stadt befindet.

Dies widerspricht bisherigem Usus. Während die Landesbeschäftigten (Angestellte und Arbeiter) im Ostteil Berlins seit 1996 100% Westvergütung erhalten (andere Tarifbestandteile sind noch nicht ganz angepaßt), werden Bundesbeschäftigte derzeit mit 86,5% abgespeist. Alle Verhandlungen, um diese Ungleichbehandlung aufzuheben, sind bisher am Widerstand in Bonn gescheitert.

So ist dieser Beschluß nicht nur vernünftig, denn die Lebenshaltungskosten sind in beiden Stadtteilen gleich hoch, und die Tatsache, daß man im Osten Berlins arbeitet, bedeutet ja noch lange nicht, daß man auch dort wohnt, er wird die Diskussion um Vereinheitlichung mit Sicherheit wieder beleben.

Zusammenstellung: alk, har



HBV Hamburg

Gegen Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen

HAMBURG. Am 14.9. hat der Karstadt-Mö-Betriebsrat 839 Unterschriften von Beschäftigten des Karstadt-Hauses Mönckebergstr. Im Rathaus dem Bürgermeister Runde übergeben (bzw. seinem Sekretariat). Das sind praktisch alle Beschäftigten des Hauses.

Die Gewerkschaft HBV führt zur Zeit eine Postkartenaktion durch, um den Senat von weiteren beabsichtigten bezirklichen Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen abzubringen.

In dem erwähnten Brief des Karstadt-Betriebsrates heißt es:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Runde,

daß inzwischen auch in Hamburg in einzelnen Bezirken Genehmigungen zur Ladenöffnung an staatlichen Feiertagen (1. Mai) oder Sonntagen erteilt werden, findet wenig Verständnis unter Arbeitnehmervertretern. Zwar ist uns bis jetzt nicht bekannt, daß in der nächsten Zeit Sonntagsöffnungen für den Bezirk Hamburg-Mitte geplant sind, doch da andere Stadtteile bereits betroffen waren, möchten wir Ihnen unsere Position zu dieser Thematik aus der Sicht von Einzelhandelsbeschäftigten mitteilen.

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage sollen laut Artikel 139 der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919, der durch den Artikel 140 in unserem Grundgesetz übernommen wurde, „als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt“ werden.

Nun fragen wir uns, was von Politikern zu halten ist, die ohne zwingenden Grund dem Verfassungsauftrag zuwider die Genehmigung für Öffnungen der Läden an Sonn- und Feiertagen geben.

Die Ausdehnung der Öffnungszeiten auf diese Tage wird von uns als fundamentaler Eingriff in das Familienleben der Beschäftigten im Einzelhandel gesehen. Auch die Familie untersteht durch Artikel 6 Grundgesetz dem besonderen „Schutz der staatlichen Ordnung“. Wenigstens sonntags sollten daher die wirtschaftlichen Interessen vor den Interessen der breiten Masse der Arbeitnehmer-schaft und ihrer Familien zurückstehen.

Die bisherigen Genehmigungen zur Öffnung an Sonn- und Feiertagen in den Hamburger Bezirken wurde unseres Wissens aus dem § 23 Ladenschlußgesetz abgeleitet. Darin heißt es, daß die obersten Landesbehörden in Einzelfällen befristete Ausnahmen bewilligen können, „wenn diese im öffentlichen Interesse dringend nötig werden“. Die Erteilung solcher Genehmigung während Überflutungen und ähnlich schlimmer Ereignisse wäre für uns nachvollziehbar, weil hier das Allge-

Dokumentiert - ohne Kommentar:

„Durch Einkommenspolitik Binnenmarkt und Kaufkraft stärken“

Orientierungsrahmen für die Tarifrunde 1999 im öffentlichen Dienst

16 Jahre konservativ-liberale Politik auf Bundesebene haben unser Gemeinwesen schwer beschädigt: Massenarbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung, massiver Sozialabbau und Stagnation des Zusammenwachsens zwischen West und Ost haben tiefe Spuren hinterlassen.

Das Wahlergebnis vom 27. September 1998 ist deshalb eine deutliche Absage an die Ideologie des „schlanken Staates“. Es ist auch eine Absage an Strategien der Angebotsorientierung, Deregulierung, Privatisierung und den Versuch, das Sozialstaatsgebot der Verfassung mit leistungsfähigen öffentlichen Diensten politisch auszuhöhlen.

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV wertet das Wahlergebnis auch als Niederlage einer zunehmenden Konfrontationspolitik, die vor über zwei Jahren das gewerkschaftliche Angebot eines Bündnisses für Arbeit aus-schlug und mit einem sozialen Abbaukatalog wie dem Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall beantwortete.

Ange-sichts der vielen ungelösten politischen Themen erklärt die Große Tarifkommission: Wir müssen wieder stärker dazu kommen, große gesellschaftliche Probleme im Konsens zu lösen und die soziale Spaltung zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich zu überwinden. Wir begrüßen deshalb die Initiative des zukünftigen Bundeskanzlers, unverzüglich ein Bündnis für Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit mit verbindlichen Absprachen anzustoßen, um aus der politischen Stagnation herauszukommen und Reformsignale gegen soziale Ausgrenzung zu setzen. Dazu bedarf es auch in Zukunft handlungs- und durchsetzungsfähiger Gewerkschaften zur Sicher-

ung und Stärkung der Tarifautonomie.

Die Große Tarifkommission fordert die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden auf, sich konstruktiv an den Bündnisgesprächen zu beteiligen und auch im öffentlichen Dienst mit der Gewerkschaft ÖTV Verständigung über arbeits- und ausbildungssichernde Maßnahmen und mehr Beschäftigung zu suchen. Die Gewerkschaft ÖTV ist weiterhin bereit, das Tarifrecht im öffentlichen Dienst zu vereinheitlichen und zu modernisieren.

Die Tarifrunden der letzten Jahre waren durch immer neue Abbaukataloge der Arbeitgeber massiv belastet. Auch wenn drastische Einschnitte in das Tarifrecht abgewehrt werden konnten, so mußten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Reallohnverluste und massiven Stellen- und Personalabbau mit zunehmender Arbeitsverdichtung hinnehmen. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zuge, das Engagement und die Motivation der Beschäftigten tarifpolitisch zu honorieren.

Für die Tarifrunde 1999 gilt deshalb folgende Orientierung:

Wir brauchen im Jahre 1999 spürbare Einkommenserhöhungen für alle Beschäftigten und Auszubildenden in West und Ost, die den Ausgleich der Preissteigerungsrate und das Wachstum von Wirtschaft und Produktivität widerspiegeln. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben wie alle anderen auch Anspruch auf angemessene Bezahlung.

Ange-sichts der erheblichen Ungleichheit der Einkommensentwicklung brauchen wir dringend eine Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, um die binnenwirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Die Belebung des Binnenmarktes schafft Beschäftigung.

Stuttgart, 8. Oktober 1998 (126:0:1)“

meinwohl betroffen ist. Daß jedoch ein Stadtteilstück einen ähnlichen Stellenwert wie eine Flutkatastrophe haben soll, kann von uns nicht akzeptiert werden! Gestützt wird unsere Ansicht durch die Tatsache, daß über die kürzlich stattgefundene Sonntagsöffnung im Stadtteil Altona nicht die dortige Bezirksversammlung, sondern der Wirtschaftsausschuß entschieden hat. Das läßt für uns den Schluß zu, daß nicht das „Versorgungsinteresse“ der Bevölkerung, sondern wirtschaftliche Interessen der Unternehmer im Vordergrund standen! (...)

Nachdem wir Ihnen unsere Position mitgeteilt haben, fragen wir Sie, Herr Bürgermeister Runde, wie Ihre Haltung zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen ist. Können wir Beschäftigten im Einzelhandel damit rechnen, daß Sie sich für die Erhaltung der Sonn- und Feiertage im Sinne der im Grundgesetz verankerten Schutzwürdigkeit einsetzen?

Wir würden es begrüßen, wenn Sie auf Ihre Kollegen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen Einfluß nehmen würden, damit die dort zum Teil sehr großzügige Anwendung des §14 Ladenschlußgesetzes zur Freigabe der Geschäftsöffnungen an Sonntagen eingeschränkt wird. Hinter vorgehaltener Hand begründen Lokalpolitiker Genehmigungen für Sonntagsöffnungen nämlich damit, daß Kaufkraft aus Hamburg abgezogen werden soll! Diese Form von Wettbewerb verstößt eindeutig gegen den Sinn der Ausnahmebestimmungen des Ladenschlußgesetzes.“

Ertragslage vieler kleiner Zulieferer ist dramatisch

Autoboom kann bald zu Ende sein

IG Metall Regional, Zeitung der IG Metall für die Region Stuttgart veröffentlichte ein Gespräch mit Frank Iwer, der erst vor kurzem genau die Lage der Automobilindustrie in der Region untersucht hat. Wir dokumentieren:

Frank Iwer gehört zu den besten Kennern der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region Stuttgart. Der Leiter des Stuttgarter IMU-Instituts hat auch bei der Erstellung des jüngsten Strukturgutachtens mitgewirkt, das das Institut zusammen mit dem IAW erstellt hat. IGM-REGIONAL befragte den Regionalforscher:

Viele sprechen von einem Wirtschaftsaufschwung in der Region, wo bleiben die neuen Arbeitsplätze?

Iwer: Schon das Wort Aufschwung gefällt mir nicht. Auch wenn es insgesamt aufwärts geht, haben wir eine gesplante Konjunktur. Es gibt Branchen und Unternehmen, denen geht es hervorragend. Das sind fast ausschließlich exportorientierte Firmen. Den anderen geht es immer noch schlecht, denn der Binnenkonjunk-

tur fehlt nach wie vor jeder Schwung. Und es gibt eine zweite Spaltung, die zwischen Großkonzernen und den kleinen Zulieferern. Noch nie ging es in einer „Boom-Phase“ vielen Klein- und Mittelbetrieben im Raum Stuttgart so schlecht wie heute. Viele sind schon froh über eine Umsatzrendite von einem Prozent. Die technischen und logistischen Anforderungen steigen immer weiter, aber der Preisdruck hält an. Ich halte dies für eine dramatische Entwicklung, denn bei der nächsten Krise werden diese Unternehmen als erstes Pleite gehen. Diesmal hatten sich viele Dank eines gewissen Polsters über die Krisenjahre retten können. Ein zweites Mal geht das nicht.

Und wann können wir die nächste Krise erwarten?

Iwer: Der Autoboom geht nach Einschätzung von BMW-Chef Bernd Pischetsrieder im Jahr 2000 zu Ende. Doch das Ende könnte noch früher kommen, denn Pischetsrieders Einschätzung stammt aus der Zeit vor der Rußlandkrise.

Und wie kann sich eine Region darauf vorbereiten?

Iwer: Mit dem Verband der Region Stuttgart und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft haben wir gute Ansätze. Das IMU-Institut hat im Auftrag des Regionalverbandes eine Kfz-Zulieferinitiative gestartet, die überraschend großen Zuspruch gefunden hat. Auch Projekte wie „mobilität“ können weiterhelfen, obwohl es immer noch viel zu wenig Geld für diese Initiativen gibt – besonders von der Industrie selbst. Die Region muß sich noch stärker um die Entwicklung der bestehenden Betriebe kümmern. Ansiedlungen sind zwar wünschenswert, doch die Arbeitsplatzeffekte meist gering. Im Schnitt bringt eine Ansiedlung in der BRD 50 neue Jobs, wird aber ein Betrieb aufgelöst, fallen 440 Arbeitsplätze weg. Die Unterstützung von Existenzgründungen ist sinnvoll, aber bisher hatte man fast nur High-tech-Firmen im Auge; doch auch im Gesundheitswesen und bei anderen personenbezogenen Dienstleistungen gibt es Bedarf.

Allein eine gute Regionalpolitik wird uns kaum Vollbeschäftigung bringen, wenn dies überhaupt noch ein Ziel sein kann.

Iwer: Je besser sich die einzelnen Regionen positionieren, desto schärfer wird der Konkurrenzkampf untereinander. Dies kann unter bestimmten Umständen sogar zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Früher war dies nicht so frivolid, da die Regionen von einem Strukturwandel oft zu unterschiedlichen Zeiten betroffen waren. Heute trifft es mehr oder weniger alle. Wenn die politischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene und in Europa nicht geändert werden, werden wir auch in der Region Stuttgart weiterhin mit einer hohen Arbeitslosig-

keit leben müssen. Dabei geht es nicht um Subventionen. Es fehlen vor allem Anreize für verstärkte Produktion und Konsumtion. Nur ein kleines Beispiel: Wenn der Verkehr teurer wird, bekommen bestimmte Potentiale hier in der Region wieder eine Chance. Dies könnte zum Beispiel das Projekt „mobilität“ stärken und damit Arbeitsplätze sichern oder neue schaffen.

Und was können Unternehmen der Region machen?

Iwer: Ich warne die großen Konzerne davor, die in Jahrzehnten gewachsenen Beziehungen zu den regionalen Klein- und Mittelbetrieben aufs Spiel zu setzen. Wer dieses Umfeld nicht pflegt, und dies scheint derzeit herrschende Ideologie zu sein, wird nur kurzfristig Vorteile haben. Ich warne auch davor, die Kapazitäten bis über die Grenzen hinaus zu belasten. Wenn die alte Ingenieurregel mißachtet wird, daß Industrieanlagen im Schnitt nur etwa zu 85 bis 87 Prozent ausgelastet sein dürfen, kracht das System eines Tages zusammen. Entweder es gibt Ausfälle bei den Maschinen oder bei den Menschen, die sie bedienen – oder beides. Dies gilt auch oder gerade für Autohersteller wie Daimler und Porsche.

Metalltarifrunde 1999

Die Diskussion ist eröffnet

Die Große Tarifkommission der IG Metall in Baden-Württemberg hat in ihrer Sitzung am 6. Oktober die Diskussion über die Forderung für Lohn und Gehalt eröffnet.

Am 19. November wird die Tarifkommission die Höhe der Einkommensforderung in der Tarifrunde 1999 beschließen. Bis dahin ist Zeit, um in den Betrieben über die Forderung zu diskutieren. Der IG Metall-Vorstand wird seine Empfehlung zur Forderung am 13. Oktober bekanntgeben.

Gerhard Zambelli stellte den Vorschlag der IG Metall-Bezirksleitung vor. So sieht er aus:

Es soll eine Einkommensforderung in Höhe von 6 Prozent für alle geben.

Zusätzlich zur allgemeinen Einkommenserhöhung soll eine Strukturkomponente für die im Zeitlohn Beschäftigten gefordert werden.

Mit einer weiteren Strukturkomponente sollen die niedrigsten Lohn- und Gehaltsgruppen von Arbeiter/innen und Angestellten, also Gruppe 1/2, 3 und K1/1 und K 1/2 auf die Arbeitswertgruppe I/II angehoben werden. Sie sollen also für gewerbliche Beschäftigte und für Angestellte vereinheitlicht werden.

Die Ausbildungsvergütungen sollen an den Ecklohn, die Arbeitswertgruppe VI, angebunden werden.

Die letzten beiden strukturellen Forderungen sind Schritte hin zur Verwirk-

lichung des Gemeinsamen Entgelttrahmentarifvertrages für Arbeiter und Angestellte. „Wenn wir den Entgelttrahmentarif umsetzen wollen, müssen wir jetzt mit den Anpassungsschritten beginnen“, sagte der Bezirksleiter. Die Beseitigung der Ungerechtigkeiten zwischen Arbeiter/innen und Angestellten werde in einem Anpassungsprozeß über mehrere Jahre erfolgen müssen. „Das geht nicht auf einmal - und wir müssen die Chance jetzt ergreifen“, sagte Gerhard Zambelli.

Außerdem seien die Zeitlöhner in den letzten Jahren gegenüber anderen Beschäftigtengruppen benachteiligt worden. Deshalb, so Zambelli, sei es auch ein

Stück Verteilungsgerechtigkeit, gerade hier mit dem Anpassungsprozeß zu beginnen.

Eins wurde auch klar in der Sitzung der Großen Tarifkommission: Die Kolleginnen und Kollegen haben eine hohe Erwartung an die Tarifrunde – es muß deutlich mehr Geld in den Geldbeutel. Deshalb muß die Tarifrunde aktiv angegangen werden, in der Lohnfrage wie in der Frage struktureller Veränderungen. Der erste Schritt dazu ist die breite Diskussion in den Betrieben, um zu einer Forderung zu finden, die gemeinsam getragen wird.

aus: <http://www.bw.igm.de>

Dienstleistungsgewerkschaft

Gewerkschaftstage von HBV und IG Medien entscheidend

Zunehmend kommt wird deutlich, daß die Bildung einer gemeinsamen Dienstleistungsgewerkschaft eine Angelegenheit der Vorstände zu bleiben droht, wenn nicht Grundlegendes am Vorgehen geändert wird. Nicht nur in der ÖTV mangelt es an Interesse, wie der Bericht in den letzten Politischen Berichten zeigt. Gleiches wird z.B. auch aus Hamburg berichtet, wo an einer diesbezüglichen Veranstaltung 40 IG Medienmitglieder teilnahmen, bei 3.600 Einladungen.

Das seitens der Vorstände (= Lenkungsgruppe) vorgegebene Tempo, mit dem das Zusammengehen der Gewerkschaften ÖTV, DPG, HBV, IG Medien und DAG umgesetzt werden soll, ist dermaßen hoch, daß inhaltliche Diskussionen keinen Platz haben. Kritik und Frust macht sich breit. Aus Sorge, daß das Zusammengehen scheitern und die Gewerkschaftsbewegung daran Schaden nehmen könnte, hat der Abteilungsvorstand Wissenschaft und Forschung in der ÖTV Berlin den nachfolgend dokumentierten Beschluß gefaßt. Er fordert ein Moratorium hinsichtlich weiterer Beschlußfassung über die neue Struktur, da das bisher vorgelegte ungenügend diskutiert bzw. abgelehnt wird. Letzteres insbesondere von der GEW, deren Hauptvorstandssitzung im September den vorläufigen Ausstieg weiterhin aufrechterhält.

Andere Vorstellungen hinsichtlich der neuen Strukturen gibt es jedoch auch in der HBV und IG Medien, die - kurz gesagt - auf den Erhalt von Branchengewerkschaften unter einem gemeinsamen Dach hinauslaufen. Das wiederum will die ÖTV nicht.

Die in der letzten Oktoberwoche stattfindenden Gewerkschaftstage von HBV und IG Medien erhalten deshalb einen hohen Stellenwert.

har
Dokumentiert: Beschluß des Abteilungsvorstandes Wissenschaft und Forschung der ÖTV Berlin:

„Wir fordern die zuständigen Gremien (Hauptvorstand und/oder gHV und/oder Lenkungsausschuß) auf, jedwede weitere Beschlußfassung zur Schaffung einer Dienstleistungsgewerkschaft auszusetzen. Die Dauer dieses Moratoriums soll den Zeitraum bis zur Durchführung des außerordentlichen Gewerkschaftstages der ÖTV umfassen.

Begründung:

1. Der Abteilungsvorstand WiFo ist nicht grundsätzlich gegen eine gemeinsame Dienstleistungsgewerkschaft. Die Ausgangssituation hat sich jedoch überraschend und drastisch verändert. Aufgrund der unzureichenden Diskussion in der Mitgliedschaft und der bekannten und bekanntgewordenen kritischen Positionen hierzu (GEW-Ausstieg, Antrag der HBV Berlin zum Ausstieg sowie weitere kritische öffentliche Diskussionsbeiträge) sehen wir die Gefahr, daß eine weitere Forcierung des Prozesses die Ablehnung verstärken wird und am Ende der Gewerkschaftsbewegung erheblicher Schaden zugefügt wird.

2. Die Zeit des Moratoriums soll insbesondere in der großen ÖTV genutzt werden, um unter den Mitgliedern Befragungen durchzuführen. Dies betrifft sowohl die grundlegende Einstellung der Mitglieder zu einer gemeinsamen Dienstleistungsgewerkschaft als auch ihre Erwartungen an die Struktur, formalen und inhaltlichen Aufbau, innergewerkschaftliche Demokratie usw. Den Mitgliedern muß auch die Möglichkeit gegeben werden, sich mit entsprechenden Gliederungen der anderen beteiligten Gewerkschaften auszutauschen. Nur so kann etwas Neues entstehen.

Wir verweisen hier ausdrücklich auf Punkt 3.3 der Ideenskizze.

3. Die Zeit des Moratoriums soll ebenfalls genutzt werden, um die in der „Politischen Plattform“ formulierten Gründe (Veränderungen in der Arbeitswelt,

neue Betriebs- und Unternehmensstrukturen, Verlust von Kampfkraft, Deregulierung des Arbeitslebens ...) inhaltlich zu diskutieren und die notwendigen Konsequenzen gemeinsam zu erarbeiten. Das Wissen um die Existenz dieser Ursachen heißt noch nicht, die Ursachen selbst gründlich zu kennen, geschweige denn zu verstehen. Die reine Nennung weist noch keinen Weg zur Änderung. Das bloße Zusammengehen der Gewerkschaften weist noch keinen Weg zur Lösung gewerkschaftlicher Probleme. Vorstellbar wären hier gemeinsame offene Veranstaltungen mit Experten.

Hinzu kommt, daß viele Mitglieder den „wirklichen“ Grund für die gemeinsame Dienstleistungsgewerkschaft in innergewerkschaftlichen Nöten sehen (starker Mitgliederverlust, Finanzsituation, Personalstand), während in den „offiziellen“ Dokumenten dieser Grund nur versteckt (gemeinsame Nutzung von Ressourcen, Minimierung der gewerkschaftlichen Konkurrenz) genannt wird.

Unter diesen Voraussetzungen verkommt die Diskussion zu einem Ratespiel, wer wieviel einbringt, verliert, gewinnt ... Deshalb fordern wir hier mehr Ehrlichkeit und Offenheit in der Diskussion.

4. Die besondere Situation der Mitglieder in Wissenschaft und Forschung liegt dabei darin, daß sie bei den bisherigen Überlegungen zu einer neuen Dienstleistungsgewerkschaft eng mit der GEW verknüpft wurden. Nach dem Ausstieg der gesamten GEW und der Ankündigung des Lenkungsausschusses, daß die neue Dienstleistungsgewerkschaft auch weiterhin einen „Bildungsarm“ haben wird – was wir ausdrücklich begrüßen – stehen wir vor der Aufgabe, diesen Anspruch umzusetzen. Das bedeutet, daß wir einen „Bildungsarm“ neu aufbauen müssen, denn aufgrund der letzten Organisationsreform sind von der bundesweiten Abteilung keine durchgängigen, legitimierten Strukturen mehr übrig.

Auch dies erfordert mehr Zeit, als mit der Ideenskizze und vom Lenkungsausschuß gewährt wird.

5. Nicht zuletzt wollen wir mit dem Moratorium und einem anschließenden a.o. Gewerkschaftstag erreichen, daß alle beteiligten Gewerkschaften „bei der Stange“ bleiben und nicht ähnlich wie die GEW aus Angst vor dem „großen Bruder“ abspringen. Wir wollen auch der GEW Zeit geben, sich wieder an dem Prozeß zu beteiligen. Vielleicht würde ein langsames und durch zusätzliche demokratische Beschlüsse legitimates Vorgehen auch die Gewerkschaften zum Nachdenken bringen, die sich gleich zu Beginn verabschiedet oder distanziert haben.

Alles in allem ist es die Sorge vor einem Rückschlag und Schaden für die Gewerkschaftsbewegung, die uns zu dieser Forderung veranlaßt hat.“

Beschlossen auf der Klausurtagung am 11./12.9.98

Maßstäbe der PDS für eine neue Politik

Eine Außerordentliche Tagung des 5. Landesparteitags der PDS Mecklenburg-Vorpommern beschloß am 10. Oktober 1998, Verhandlungen mit der SPD über die zukünftige Regierung bzw. Regierungspolitik aufzunehmen. Der Beschluß lautet:

„In Kenntnis des Verlaufes und der Ergebnisse der Sondierungsgespräche mit der SPD beschließt der Parteitag:

1. Der PDS-Landesparteitag beauftragt die Verhandlungskommission mit der Führung von umfassenden Verhandlungen mit der SPD M-V über eine gemeinsame Politik im Land. Die Verhandlungskommission wird beauftragt, entsprechend der Ergebnisse hinsichtlich des Umfanges gemeinsamer politischer Maßnahmen entweder die Verfahrensweisen für eine Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung oder einen Koalitionsvertrag auszuhandeln. 2. Bei diesen Verhandlungen muß die Identität beider Parteien respektiert werden. 3. Grundlage der Verhandlungen sind die „Maßstäbe der PDS für eine neue Politik in Mecklenburg-Vorpommern“. Ein Ziel der PDS ist es, eine bessere und gerechtere Finanzausstattung der Kommunen zu erreichen. Die PDS macht die Haltung zur Neuverschuldung von den Ergebnissen der Verhandlungen abhängig. (...) 5. Über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der SPD ist auf dem nächstmöglichen Landesparteitag zu informieren. Dieser Parteitag faßt zu den Verhandlungsergebnissen der Gespräche verbindliche Beschlüsse.“

Da die Diskussion teilweise stärker von der Frage Regieren/Tolerieren oder Opposition beherrscht ist statt von den politischen Inhalten, für die die PDS kämpft oder kämpfen sollte, dokumentieren wir im folgenden die im Beschluß genannten

Maßstäbe der PDS für eine neue Politik in M-V

Die Maßstäbe für eine neue Politik in M-V sind zugleich Angebot der demokratischen Sozialisten an die Sozialdemokraten für eine gemeinsame Politik in M-V nach den Landtagswahlen am 27. September 1998. Die PDS ist zur gemeinsamen Lösung der schwerwiegenden Entwicklungsprobleme des Landes bereit. Dazu gehört, dem Rechtsextremismus den politischen, sozialen und geistigen Nährboden zu entziehen.

Verhandlungen zwischen SPD und PDS sollten nicht mit ideologischen Vorbedingungen belastet werden.

1. Arbeit, Ausbildung und soziale Sicherheit

- Senkung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2002 um mindestens 10 Prozent, d.h.

die Schaffung von 20.000 neuen und die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze, dazu:

- Stärkung der KMU durch die Einrichtung eines Landesentwicklungsfonds zur Entwicklung von Kapitalbeteiligungen des Landes bei Existenzsicherung und Entwicklung dieser Betriebe,
- landespolitischer Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, dadurch Schaffung von 5.000 Arbeitsplätzen, besonders für Frauen, Jugendliche und Langzeitarbeitslose, Einsatz von 1.000 Schulsozialarbeitern,
- gezielte Strukturpolitik des Landes zum Ausgleich der sozialen und ökonomischen Benachteiligung Vorpommerns und Ostmecklenburgs.
- Verankerung eines Rechtsanspruchs auf berufliche Erstausbildung und Festlegung einer mindestens einjährigen Beschäftigungsgarantie nach Abschluß der Ausbildung, Verpflichtung der Landesregierung, sich im Bund für eine solidarische Umlagefinanzierung einzusetzen.
- Rücknahme von Sozialkürzungen der Ära Kohl und Einsatz für existenzsichernde Einkommen.

2. Bildung und Kultur

- Durchführung einer Bildungsreform zur Gewährleistung der Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen, dazu
- Einführung einer 6jährigen Grundschule und Abschaffung der schulartenabhängigen Orientierungsstufen,
- qualitative Verbesserung der Stunden-tafel und Gewährleistung einer mindestens 100%igen Unterrichtsversorgung,
- Senkung der Klassenfrequenzen und der Pflichtstundenzahl der Lehrer/Lehrerinnen,
- Überarbeitung des Lehrpersonalkonzepts.
- Erhöhung der Attraktivität des Wissenschaftsstandortes M-V mit dem Ziel, daß mehr Jugendliche aus M-V und den anderen Bundesländern in unserem Land studieren können, dazu:



- Erhalt und Ausbau der 6 Hochschulen des Landes,
- Verabschiedung eines Landeshochschulgesetzes mit dem Ziel der Erhöhung der Hochschulautonomie, der Globalisierung der Hochschulhaushalte und des Verbots von Studiengebühren,
- Erhalt der günstigen Betreuungsrelationen von Wissenschaftlern und Studenten.

- Gewährleistung einer stabilen Kultur Kunst- und Sportförderung mit dem Ziel, allen Interessierten die kulturelle, künstlerische und sportliche Betätigung, unabhängig von Einkommen und sozialer Lebenslage, zu ermöglichen, dazu:

- Erarbeitung eines Landeskulturentwicklungsplanes und eines Sportförderungsgesetzes.

- Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres.

3. Kommunalpolitik

- Stärkung der kommunalen Selbstbestimmung, dazu:
- Ausweitung der direkten demokratischen Mitsprache und Mitentscheidung durch Einwohner und ihre Initiativen,
- Senkung des kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre,
- Gemeindegebietsreform zur Stärkung der Rechte der Kommunen.
- Verbesserung der Finanzkraft der Kommunen, dazu:
- Erhöhung des Steueranteils der Kommunen auf mindestens 30 Prozent,
- keine Beteiligung an den sogenannten kommunalen Altschulden,
- keine rückwirkenden finanziellen Forderungen des Landes an die Kommunen,
- Erhöhung der kommunalen Investitionspauschale auf mindestens 200 Mio. DM jährlich.

4. Demokratieentwicklung und Verwaltungsreform

- Ausweitung der Bürgerbeteiligung, dazu:
- gesetzliche Verankerung des Verbandsklagerechts,
- Senkung des Quorums für Volksentscheide auf 100.000.
- Ausarbeitung eines Konzepts zur Verwaltungsreform mit den Zielen Transparenz, Bürgernähe und Verbesserung der Dienstleistungsfunktion der Verwaltungen, dazu:
- Reform der Landesverwaltungen,
- Funktionalreform,
- Reformmodelle für kommunale Verwaltungen.

5. Entwicklung des ländlichen Raumes

- Sicherung der Lebensfähigkeit der Dörfer, ihrer sozialen und kulturellen Spezifik, um die weitere „Aus-

trocknung“ ländlicher Regionen zu verhindern, dazu:

- Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform, Klärung der Altschuldenfragen im Sinne der betroffenen Unternehmen,
- Stabilisierung der entstandenen Betriebsstrukturen im Land durch die Beilegung politischer und juristischer Benachteiligung,
- Gewährleistung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung
- Ablehnung der AGENDA 2000 - agrarpolitischer Teil,
- Unterstützung der Betriebe bei der Umstellung auf umweltgerechte Wirtschaftsweisen sowie der vorrangig regionalen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte,
- Privatisierungsverbot für Naturschutzflächen.

6. Finanzpolitik

- Die Finanzpolitik des Landes muß konsequent auf die Umsetzung der o.g. Maßstäbe gerichtet sein, d.h. vor allem:
 - die durch die Verfassung bestimmte Kredithöhe kann voll ausgeschöpft werden,
 - Maßstäbe für die Höhe der Investitionen ist ihre Realisierbarkeit und die strikte Bindung an die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, nicht aber reine unveränderbar festgelegte Höhe,
 - Fördertöpfe sollen radikal beschränkt und insbesondere für die Kommunen in allgemeine pauschale Zuweisungen umgewandelt werden,
 - Einsatz für die Angleichung der Tarife des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern an die Tarife der alten Bundesländer.

Das Land M-V stellt keine Finanzen im Zusammenhang mit dem Bau bzw. Betrieb des Transrapid zur Verfügung und setzt sich dafür ein, daß auch die Bundesregierung den Transrapid nicht finanziert.

Eine neue Landesregierung muß dafür eintreten, daß eine künftige Steuerreform eine bessere finanzielle Ausstattung für Länder und Kommunen gewährleistet.

7. Bundesratsinitiativen

zur:

- Reform der Arbeitsförderung
- Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse
- radikalen Begrenzung der Überstunden
- Umlagefinanzierung der beruflichen Erstausbildung
- Rücknahme von Sozialkürzungen der Ära Kohl (Renten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Gesundheitsstruktur),
- Steuerreform,
- Ablehnung der AGENDA 2000 - agrarpolitischer Teil,
- Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes,
- zum Stop der enteignungsgleichen „Abwicklung der Bodenreform“ nach Artikel 233 EGBGB.

Nach den Bundestagswahlen

Analyse der Wahl und der neuen politischen Situation

Von Winfried Wolf

I. Wesentliches Ziel erreicht: 16 Jahre Kohl-Regierung gingen zu Ende

Das Wahlergebnis des 27. September ist zunächst als Ausdruck der politischen Großwetterlage und hinsichtlich der Rahmenbedingungen für die weitere PDS-Arbeit zu begrüßen. Im Willen der Wählerinnen und Wähler drückt sich eine breite Absage an die neoliberale Politik der bisherigen Regierung Kohl aus. Auch wenn diese unter Schröder weitgehend fortgesetzt werden wird, so ergeben sich doch neue Chancen für eine andere Politik, für parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen, für soziale Bewegungen. Dieses Datum des 27. Septembers 1998 stellt zweifellos einen tiefen Einschnitt in der deutschen Geschichte dar.

1.1. Parlamentarismus, Wahlen und das Datum „27.9.1998“

Einige Medien überhöhten den Bruch, den es mit der Wahl 1998 gegeben hat, und sprechen davon, es sei „das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik“, daß ein „Kanzler aus dem Amt gewählt wurde“ - so hier die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (29.9.1998); ähnlich wird dann in PDS-Erklärungen wiederholt. Zwar gab es in der westdeutschen Geschichte zuvor vier Kanzlerwechsel, die bezeichnenderweise ohne Wahlen stattfanden (1963 von Adenauer zu Erhard, 1966 von Erhard zu Kiesinger, 1974 von Brandt zu Schmidt und 1982 von Schmidt zu Kohl). Doch mit den Wahlen 1969 wurde tatsächlich erstmals ein Kanzler, eben Kurt-Georg Kiesinger „aus dem Amt gewählt“. Willy Brandt bildete eine sozial-liberale Koalition ... Er wurde dann ein Jahr später - nun wieder ohne Wahlen - gestürzt.

Andere Medien haben den Wechsel, zu dem es nun in der Regierung kommt, auf andere Weise überhöht. So kennt Gunter Hofmann in der „Zeit“ (1.10.1998) drei „Machtwechsel“, die es in der Bundesrepublik gegeben habe. Gemeint sind 1969, 1982 und nun, 1998. (...) Das ist Geschichtsklitterung und falsche Analyse pur. Die wirkliche Macht in diesem Land üben nicht Regierungen - egal ob sie in Bonn oder Berlin residieren und intrigieren - aus. Diese liegt bei den Großbanken und in den Konzernzentralen. Sehr präzise hat dazu der neue DaimlerChrysler-Boss, Schrempf, neun Tage vor der Wahl auf meine Frage (als „Kritischer Aktionär“), ob „rot-grün“ den „Eurofighter“ noch stoppen könne, geantwortet, „keine Regierung“ könne dieses große Rüstungs-

projekt noch zu Fall bringen. Recht hat der Mann von der Deutschen Bank Gnaden: Stoppen wird dieses Projekt auch nicht rot-grün. Es könnte nur verhindert werden durch eine außerparlamentarische Mobilisierung - und es muß gestoppt werden! Diese wirklich entscheidenden politischen Themen wurden und werden anderswo beantwortet. (...)

1.2. Bedeutung, Chancen und Gefahren des Regierungswechsels 1998

Das bisher Gesagte soll die Bedeutung des 27. Septembers 1998 nicht schmälern, wohl aber die Relationen klarstellen. In der ersten Erklärung der neuen Bundestagsfraktion der PDS vom 2. Oktober 1998 heißt es: „Der Wahlsieg Gerhard Schröders ist auch ein Erfolg für die politische Linke, nicht nur, weil sie ihren Anteil daran hat, sondern weil sich im Vergleich zur Ära Kohl die Bedingungen für demokratische Reformen verbessert haben und die Möglichkeiten für eine soziale Politik gewachsen sind. Der Regierungswechsel zu einer rot-grünen Bundesregierung stellt einen gravierenden politischen Bruch dar.“

Das ist zutreffend. (...) Die PDS befindet sich nicht in der - auch für sie schwierigen - Lage, als Zünglein an der Waage zu fungieren und eine an sich untolerierbare Regierung Schröder punktuell - zur Verhinderung eines größeren Übels - zu tolerieren. In diesem Zusammenhang ist es richtig, wenn die neue PDS-Fraktion im Bundestag ihre Stimmen nicht einem Kanzler Schröder gibt. Da wir vor der Wahl übereinstimmend sagten, gegebenenfalls auch einen Kanzler Schröder zu wählen, wenn nur so Kohl abzuwählen sei, ist es nunmehr, wo es auf die PDS nicht ankommt, konsequent, sich der Stimme zu enthalten. Wobei m.E. individuelle PDS-Stimmen gegen Kanzler Schröder ebenfalls begründbar sind und ein derart differenziertes PDS-Abstimmungsverhalten in diesem Fall unproblematisch ist.

Als neue Regierung wird sich voraussichtlich zunächst eine SPD-Bündnisgrüne Koalition bilden. (...) Was von dieser Regierung zu erwarten ist, haben wir bereits im Wahlkampf gesagt: Sie wird den Kurs der Regierungen Kohl prinzipiell nicht kippen. Arbeitslosigkeit und Armut werden nicht ernsthaft bekämpft, und schon gar nicht wird Reichtum begrenzt werden. In der Außenpolitik könnten sich die aggressiven und militaristischen Tendenzen noch verstärken: Zur Einübung aufs Außenamt hatte Joseph Fischer bereits kurz vor der Wahl die US-Militärschläge in Afghanistan und im Sudan „begrüßt“. Möglicherweise wird es hier be-

reits in den nächsten Wochen - Stichwort: Kosovo - eine neue Zuspitzung und eine gezielt herbeigeführte „Bewährungssprobe in Sachen Bündnistreue“ für die kommende SPD-Grünen-Regierung geben. (...)

1.3. Zu erwartende Brüche bei SPD und Grünen - Herausforderung für die PDS

Das alles soll nicht heißen, alles bleibe beim Alten. Millionen Menschen setzen in die neue Regierung große Erwartungen. Diese wird aus eigenem Antrieb nur einigen wenigen dieser Hoffnungen gerecht werden - wie im Fall der Rücknahme der Beschränkungen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Viele Erwartungen werden schnell enttäuscht werden. Das kann mehr über kurz als über lang zu erheblichen Brüchen in der Anhängerschaft und in der Mitgliedschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen führen. Der Verweis, solche Brüche habe es im Fall von „rot-grün“ auf Landesebene und im Fall der SPD-geführten Regierungen in den Jahren 1972 bis 1982 nicht gegeben, übersieht dreierlei:

- Erstens die Tatsache, daß auf Landesebene meist die - nicht immer berechnete - „Entschuldigung“ vorgebracht werden kann, den Regierungen in Kiel, Wiesbaden, Magdeburg oder Düsseldorf seien die Hände gebunden und Bonn sei „zuständig“.

- Zum zweiten sind die Entscheidungen, die „rot-grün“ in Bonn bzw. ab Mitte 1999 in Berlin zu treffen haben wird, unvergleichbar brisanter als Themen, die sich auf Landesebene stellen und möglicherweise auch gewichtiger als Entscheidungen, die in den siebziger Jahren unter Kanzler Schmidt getroffen wurden. Schmidt hatte - übrigens: gegen die SPD-intern von Lafontaine angeführte Opposition - die sogenannte „Nachrüstung“ (Pershing II, Cruise Missiles) durchgesetzt, woran die neue Regierung Kohl dann nahtlos ansetzen konnte. Ein Kanzler Schröder und ein Außenminister Fischer werden nicht nur die fortgesetzte Umrüstung der Bundeswehr und nicht nur neue Waffenprogramme wie NH 90-Kampfhubschrauber, Militärgroßtransporter „Future Large Aircraft“, „Eurofighter“, jetzt „Taiphoo“ genannt und für Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr betreiben. Sie sind bereit, Militäreinsätze im Ausland zu beschließen und Verantwortung zu übernehmen für Akte militärischer und imperialistischer Aggression. Letzteres steht in krassm Widerspruch zur Programmatik dieser Parteien und - im Fall der Bündnisgrünen - in Widerspruch zu ihrer Tradition. Letzteres gilt im übrigen noch mehr für den Ost- als für den West-Teil dieser Partei - siehe die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“.

- Drittens schließlich wird bei solchen Vergleichen die weltwirtschaftliche und finanzpolitische Lage nicht oder zu wenig berücksichtigt. Noch mehr als vor zehn Monaten, als ich das Buch „CasinoCapital“ veröffentlichte, sehe ich die Gefahr ei-

ner schweren, weltweiten Wirtschaftskrise. Das weltweite Börsengeschehen rund um den Wahltermin in der BRD - und unabhängig von diesem - muß als Wetterleuchten für diese Drohung gesehen werden. Kommt es zu einer solchen Krise, werden sich binnen kurzer Zeit die Rahmenbedingungen für jegliches politische Handeln verändern. In jedem Fall - auch bei einem „normalen“ Fortgang der kapitalistischen Dinge - sind einer SPD-Grünen-Regierung finanzpolitisch die Hände gebunden, da die öffentlichen Schulden mit einer Eigendynamik wachsen, die nur eine eindeutig antikapitalistische Politik brechen könnte.

Diese drei Verweise, weshalb es bald Brüche im SPD- und im Grünen-Lager geben dürfte, können um andere Themen erweitert werden. Nur einen „Einstieg in den Ausstieg“ zu bieten, muß einem großen Teil der antiatomar engagierten grünen Basis wie Hohn vorkommen, weiß diese doch, daß die Atommeiler bereits am 29. September hätten abgeschaltet werden können und daß auch in diesem Fall in der Republik kein Licht ausgegangen wäre. (...)

Der Fall einer solchen Entzauberung von „rot-grün“ wird für die PDS schnell zur entscheidenden Herausforderung werden. Die Debatte um den Transrapid im Vorfeld einer neuen Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern hat hier bereits Signalwirkung.

In diesem Zusammenhang könnte allerdings auch ein bisher unverwähntes und dennoch wichtiges, gutes Ergebnis der Bundestagswahl schnell zunichte gemacht werden: Faschisten und Rechtsextreme konnten am 27. September weder auf Bundes- noch auf Meck-Pomm-Ebene die Erfolge, die sie kurz zuvor in Sachsen-Anhalt erzielt hatten, wiederholen. Das würde sich jedoch schnell ändern, wenn das rot-grüne Modell entzaubert ist, wenn sich die ökonomische und soziale Lage weiter verschlechtert und falls eine PDS nicht in der Lage wäre, der sich ausbreitenden Enttäuschung eine fortschrittliche Richtung zu weisen. Das unzureichende Ergebnis der PDS im Westen - der wichtigste kritische Aspekt des Wahlausgangs - ist hierfür eine ungünstige Ausgangsbasis.

II. PDS

Das PDS-Wahlergebnis ist insgesamt zufriedenstellend. Eine Analyse im Detail ergibt allerdings ein sehr differenziertes Bild. Schwachstelle ist weiterhin das unzureichende Wachstum im Westen, wobei der krasse Unterschied im Wachstum zwischen Erst- und Zweitstimmen Anlaß zu Optimismus - bereits bei den kommenden Europa-Wahlen - gibt.

(...)

2.3. PDS in den alten und in den neuen Ländern

Für viele am überraschendsten und am meisten erfreulich bei den PDS-Wahlerfolgen war der beachtliche Anstieg der PDS-Stimmen - absolut wie relativ - in

den neuen Bundesländern. Insgesamt hat die PDS in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) einen Zweitstimmenzuwachs von 382.883 erzielt (bei den Erststimmen etwas weniger: plus 366.282); in den alten Bundesländern lag der Zugewinn bei den Zweitstimmen bei 90.933; bei den Erststimmen mit 128.923 um mehr als 40 Prozent (!) höher.

In Berlin gab es bei den Erststimmen minimale Rückgänge, bei den Zweitstimmen einen solchen um 26.199.

Damit kam für die PDS der entscheidende Zuwachs - sowohl hinsichtlich der absoluten Stimmenzahl wie hinsichtlich der Stimmenanteile - aus den neuen Bundesländern. Die Zuwächse im Westen sind - ausgedrückt als Wachstum 1998 gegenüber 1994 - lediglich aufgrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus höher. Ohne sie hätte es allerdings auch nicht zum Fraktionsstatus gereicht. (...)

III. PDS in Baden-Württemberg

Das baden-württembergische PDS-Ergebnis entspricht dem durchschnittlichen West-PDS-Ergebnis. Es scheint hinsichtlich des unterschiedlichen Abschneidens in Hochburgen und auf dem Land für die West-PDS charakteristisch zu sein.

3.1. Ergebnisse auf Landesebene

Die PDS hat ihre Erststimmenzahl von 18.698 auf 36.116 knapp verdoppelt (plus 93%). Anteilmäßig stieg hier das Wachstum von 0,33 auf 0,61%. Dazu trug bei, daß 1994 in „nur“ 19 von 37 Wahlkreisen direkt kandidiert wurde; 1998 gab es in 26 Wahlkreisen Direktkandidaten. Allerdings gab es in einer Reihe von Wahlkreisen 1994 Direktkandidaten, in denen es solche 1998 nicht gab - so in den wichtigen Städten Freiburg und Ulm.

Bei den Zweitstimmen stiegen die PDS-Stimmen absolut von 42.994 in 1994 auf 58.027 oder um 34,9%. Die Zweitstimmenanteile stiegen von 0,76 auf 0,98%.

Das ehrgeizige Ziel einer Verdopplung der Stimmen, das die PDS im Land sich setzte, wurde also nur bei den Erststimmen erreicht und bei der anderen - entscheidenden - Relation deutlich verfehlt.

3.2. Stadt-Land-Vergleiche

Es wiederholt sich in Baden-Württemberg das Phänomen aus anderen Ländern:

- In den Städten liegt das Wachstum unterdurchschnittlich, auf dem Land überdurchschnittlich - In Städten mit einer typischen „linken Szene“ kam es sogar zu einem Stimmenrückgang - in fast allen stark ländlich geprägten Wahlbezirken liegt das PDS-Wachstum über dem Landesdurchschnitt.

So kam es in Stuttgart I (von 1,3 auf 1,2), in Freiburg (von 1,51 auf 1,45) und in Tübingen (von 1,4 auf 1,2%) zu einem Rückgang beim Zweitstimmenanteil.

In den ländlichen Wahlbezirken Rottweil-Tuttlingen (von 0,5 auf 1,1), Schwarzwald-Baar (von 0,6 auf 1,2), Zollernalb-Sigmaringen (von 0,4 auf 0,8)

konnten die Stimmenanteile glatt verdoppelt werden.

Das soll nicht heißen, daß alle diese Entwicklungen gewissermaßen naturgesetzlich stattfanden. Sonderfaktoren vor Ort und der PDS-Wahlkampf spielten eine Rolle. So gab es andere große Städte als die erwähnten, in denen es auch ein Wachstum der PDS-Stimmenanteile gab (so in Stuttgart II von 1,1 auf 1,2), in Mannheim I u. II (von 1,5 auf 1,6 bzw. von 0,9 auf 1,1) und in Karlsruhe Stadt (von 1,4 auf 1,5). Auch in Unistädten wurde teilweise zugelegt - so in Heidelberg von 1,2 auf 1,4 und in Konstanz von 0,9 auf 1,1%.

Und die Stimmengewinne auf dem Land konnten „nur“ in den angeführten Landwahlbezirken verdoppelt werden; in anderen Wahlbezirken waren sie zwar überdurchschnittlich, aber nicht so hoch: So in Calw von 0,6 auf 0,9 oder in Odenwald-Tauber von 0,5 auf 0,8 oder in Aalen-Heidenheim von 0,5 auf 0,7 %.

Auch das Beispiel Offenburg zeigt, daß ein durchschnittlicher Stimmenzuwachs in den Flächenwahlkreisen durch Wahlkampfaktivitäten überdurchschnittlich (Offenburg von 0,6% auf 1,0%) aufgestockt werden kann. Was die Kategorie der ländlichen Wahlbezirke betrifft, so scheint die Aussage gerechtfertigt, daß sich ein intensiver PDS-Wahlkampf zusammen mit Direktkandidaturen in überdurchschnittlich guten PDS-Wahlergebnissen niederschlug. Dies gilt für die genannten Wahlbezirke Rottweil-Tuttligen, Schwarzaal-Baar und Zollernalb-Sigmaringen, wo es die zitierte Verdopplung der Zweitstimmenanteile gab.

3.3 Schwachstellen und Stärken des Wahlkampfes in Baden-Württemberg

Die These, der Wahlkampf werde, gerade im Westen, durch die Großwetterlage und durch den Medien-Wahlkampf entschieden, ist nur als eine sehr allgemeine Aussage brauchbar. Die beschriebenen erheblichen Unterschiede, sei es im Ost-West-Vergleich, sei es im Vergleich zwischen einzelnen Bundesländern, sei es innerhalb derselben und die Analyse dieser Unterschiede zeigt, daß der subjektive Faktor - konkret: das PDS-Engagement vor Ort bzw. das Fehlen eines solchen Engagements - erheblich zum Wahlergebnis beitrugen.

So lassen sich die folgenden besonderen Aspekte hervorheben, die das PDS-Ergebnis im Südweststaat positiv wie negativ beeinflussten. Dies erfolgt weitgehend auf Grundlage der Diskussion, die der Landesvorstand der PDS Baden-Württemberg am 28.9. führte.

1. Es gab einen wesentlich verspäteten Wahlkampfstart. Dies war der verspäteten Aufstellung der Landesliste geschuldet (am 27. April). Verglichen mit anderen Parteien, z.B. den Grünen, erfolgte dies fast um zwei Monate verspätet. Das Argument, auch in den neuen Bundesländern habe die PDS ihre Landeslisten ähnlich spät aufgestellt, überzeugt nicht. Zum einen spielen dort die (wesentlich vor Auf-

stellen der Landesliste erfolgten) Direktkandidaturen eine größere Rolle als im Westen. Zum anderen existieren dort bereits Parteistrukturen, die relativ unabhängig von der Aufstellung der Landesliste den Wahlkampf vorbereiten.

2. Der überraschende Rücktritt des langjährigen Schatzmeisters Richard Pitlerle und der Landessprecherin Ulrike Hintsches nach Aufstellen der Landesliste - beide waren erst im vorausgegangenen November neu gewählt worden - machten die Durchführung einer a.o. Landesmitgliederversammlung zur Neuwahl des Landesvorstands erforderlich. Aus statuarischen Gründen konnte diese erst am 21.6. stattfinden. Dadurch ging weitere Zeit verloren. Auch wenn zwischenzeitlich und parallel die Wahlkampf vorbereitungen liefen, der Verband mußte sich zwangsläufig mit sich selbst beschäftigen. Beide Faktoren verschärfen unsere Schwachstellen und hatte ernsthafte Folgen:

- Die Zahl der Direktkandidaturen waren nicht flächendeckend. Dies hätte im Fall einer früher aufgestellten Landesliste stärker gefördert werden können. Zumindest die Peinlichkeit, in den Großstädten Ulm und Freiburg - anders als 1994 - keine Direktkandidaturen zu haben, hätte vermieden werden können.

Dadurch wären auch deutlich mehr Zweitstimmen "gezogen" worden.

- Mit wenigen Ausnahmen gelang es nicht, Wählerinitiativen, die wesentlich über den engen Kreis von PDS-Mitglieder und Sympathisierenden hinausgingen, zustande zu bekommen. Gerade dafür hätte es jedoch ausreichend Zeit benötigt. Solche Initiativen hätten nicht nur unsere Kräfte im konkreten Wahlkampf wesentlich verstärkt. Sie hätten auch als Brücken in andere Milieus, z.B. das sozialdemokratische und gewerkschaftliche und dasjenige um Erwerbsloseninitiativen, dienen können. (...)

3. Es gab in der Landeshauptstadt Stuttgart durch die Art, wie die Direktkandidatur in Stuttgart I zustande kam, eine Beschädigung von PDS-Interessen, wie sie auch im "ND" konstatiert wurde. In der Folge war die PDS in der Landeshauptstadt auf Podien weit unterdurchschnittlicher vertreten als anderswo; die Chance, das von allen anderen Parteien dort verstärkt aufgegriffene Thema „Stuttgart 21“ zu besetzen, wurde vertan. Hinzu kommt, daß ausgerechnet in der Landeshauptstadt der PDS-Wahlkampf nur schwach geführt wurde oder geführt werden konnte. Um so erstaunlicher ist, daß dort selbst Unterstützungsangebote der DKP für das Aufstellen von Plakatträgern und das Verteilen zentraler Materialien explizit ausgeschlagen wurden.

4. Die Wahlkampfmaterialien erreichten die PDS im Südwest-Staat - so wie in den anderen westlichen Ländern - viel zu spät: erst Ende August. Da die Wahlkampfzentrale darüber hinaus nicht bereit war, die Materialien an mehr als zwei Orte anzuliefern, verfügten manche BOs

erst viel zu spät über erste Plakate, die Wahlkampfzeitung usw. Die Lage der Schulferien im Land scheint dabei in Berlin ebenfalls nicht berücksichtigt worden zu sein: Da diese (übrigens ähnlich wie in Bayern) vom 30.7. bis 12.9. terminiert waren, gab es eine erste Wahlkampfphase in der zweiten Juli-Hälfte und bis Anfang August und eine zweite erst ab der ersten Septemberwoche. Für die genannte erste Phase fehlte uns jedoch fast jegliches Wahlkampfmaterial.

5. Der generell zu stark zentralisierte PDS-Wahlkampf ist für einen PDS-Erfolg in unterschiedlicher Weise abträglich. Von unterschiedlicher Seite wurde moniert, daß einige ausgewählte Orte zur Platzierung von zentralen Wahlplakaten oder von Anzeigen ungeeignet waren. Auch erweist es sich als abschreckend, wenn auf solchen Plakatwänden als Info-Telefonnummer eine solche in Berlin und keine in Stuttgart angegeben wird.

6. Positiv für den PDS-Wahlkampf hervorgehoben wurden ein durchgeführtes Wahlkampf-Seminar und die Wahlkampfzeitung der PDS Baden-Württemberg. Letztere lag rechtzeitig Anfang Juli vor und wurde in zwei Auflagen mit 35.000 Ex. vertrieben.

IV. Perspektiven

Der Wahlkampf 1998, der allgemeine Ausgang dieser Wahl und das gute PDS-Wahlergebnis ergeben die folgende allgemeine Perspektive und die folgenden besonderen Aufgaben: Die SPD-Bündnis-grüne Regierung bietet ein ausgesprochen „weites Feld“ für eine überzeugende sozialistische Opposition. Die offenen Flanken, die diese Regierung binnen kurzer Frist bieten und die Hoffnungen, die sie enttäuschen muß, wurden bereits oben genannt: kein wirksamer Kampf gegen Erwerbslosigkeit, keine bedingungslose Zurücknahme der sozialen Schweißereien aus der Ära Kohl, fortgesetzter Privatisierungskurs und Akzeptanz der Militarisierung der Politik.

Die PDS kann sich in dieser Situation gut als konsequente sozialistische Opposition erweisen - insbesondere, indem sie die bereits vorhandenen Ansätze ihrer Politik (Programm, Wahlprogramm, beschlossene erste 15 parlamentarische Initiativen usw.) aufgreift und fortentwickelt. Wir haben durch den Wahlkampf an vielen Orten an Gewicht gewonnen. Das zeigen schon die vielen Anfragen. Wir haben bessere Kontakte zu Gewerkschaften, Umweltverbänden und Sozialinitiativen. Die im Wahlkampf gewonnenen Erfahrungen, die neuen Kontakte und das Wahlergebnis müssen unmittelbar zur Konsolidierung der PDS und zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Verbesserung unserer Arbeit genutzt werden. (...)

Winfried Wolf ist Bundestagsabgeordneter der PDS aus Baden-Württemberg, Den Artikel entnehmen wir, aus Platzgründen stark gekürzt, der Zeitung „Bundschuh“.



Erinnerungen von Heinz Kamnitzer

30. Todestag von A. Zweig

Vor 30 Jahren starb der Dichter Arnold Zweig. Sein Hauptwerk war der Romanzyklus „Der große Krieg der Weißen Männer“, darunter „Der Streit um den Sergeant Grischa“, „Junge Frau von 1914“, „Erziehung vor Verdun“. Im GNN-Verlag erschienen jetzt in einer Neuauflage Erinnerungen über Leben und Leistung des Dichters, geschrieben von Heinz Kamnitzer, dem langjährigen PEN-Präsidenten der DDR. Wir stellen einen Auszug aus dem Buch vor.

Als Mitglieder des PEN-Zentrums Ost und West waren wir gehalten, unsere Generalversammlung im Wechsel jeweils in der DDR und der BRD durchzuführen. Hamburg, das sich als weltoffen empfiehlt, schien uns dafür im Jahre 1960 gut gewählt. Damals wurde viel über die Krise des Romans geredet und geschrieben. Da Leo Tolstoi einen runden Jahrestag hatte, war es reizvoll, von seinem Werk auszugehen und Fäden zum Thema zu spinnen.

Wir hatten in der Universität der Freien Stadt Hamburg einen Saal gemietet, und eine Autorenlesung sollte im Künstlerklub „Die Insel“ stattfinden. Dort wollte Arnold Zweig aus einem Roman, an dem er ab und an bosselte, das Kapitel „Mädchenfreundschaften“ vorlesen lassen. Es sollte sich bald herausstellen, wie gespenstisch-gegenwärtig der geschilderte Besuch bei einer alten Dame in München ist, die noch nach Kriegsende meint, Thomas Mann hätte besser getan, sich nicht soviel in die Politik zu mischen.

Kurz nachdem wir in Hamburg einge-

troffen, unterrichtete man uns davon, daß die Räumlichkeiten, vertraglich abgemacht, nicht mehr zur Verfügung stehen. Rücksprachen, die geführt wurden, konnten nichts daran ändern. Man unterliege Weisungen, über die man keinerlei Auskunft geben dürfe. So baten wir dann die Presse in unser Hotel, um Rede und Antwort zu stehen.

Der Raum, in dem die Konferenz ablaufen sollte, war gefüllt mit Mitgliedern unserer Vereinigung und Journalisten.

Vor mir liegt das Bild, das den Vorfall festgehalten hat. Man sieht Arnold Zweig an der Stirnseite eines hufeisenförmigen Tisches. Er mustert einen stehenden Mann, der offenkundig redet, dieweil alle anderen schweigen. Der sprechende Herr vertrat die Kriminalpolizei der Hansestadt und verkündete, wir sind verboten, aufgelöst und haben unverzüglich auseinanderzugehen.

Während alles durcheinanderredet, saß Arnold Zweig still und stumm da. Nicht etwa, daß er sich zur Ruhe zwingen mußte. Es schien ihm ganz und gar seinem Leben zugehörig, wenn die Macht, die seine Gesinnung nicht teilt, es auch zeigt, und nicht nur in Worten. Furcht war ihm sowieso fremd, wo es ihn selbst betraf.

Er fuhr nach Berlin zurück, machte sich an die Arbeit, von der er sich fortgerissen, und wunderte sich nur, warum soviel von dem Vorfall hergemacht wurde.

Auf einem anderen Foto sieht man einen freundlichen Herrn, der hinter dem Dichter steht und ihm gerade aus einer Karaffe etwas ins Glas gießt. Wie ein Mundschenk tut er es, umsichtig, fast liebevoll. Es ist Bucerius, Verleger und Millionär, der den bedauerlichen Zwischenfall wieder gutmachen wollte – nicht nur mit Aqua destillata. Er hatte seine Obrigkeit überzeugen können, daß man unklug gewesen. So waren wir geladen, um das Unseere zu tun, den Makel zu beheben.

Im Auditorium maximum der Universität war diesmal alles vorhanden, was auf sich hielt. Die Honoratioren, die Senatoren, der Oberstaatsanwalt, der Polizeipräsident, Herren und Damen der Wirtschaft und Wissenschaft waren erschienen.

Ich werde viel vergessen, niemals jedoch die erwartungsvolle Stille an jenem Tag. Es war wie unter der Kuppel einer Kirche, wo die Gemeinde sich vorbereitet, erhoben und erbaut zu werden, abgesehen von einigen Heretikern, die wissen, daß die Predigt meist mehr für die naive Gläubigkeit als für die moderne Skepsis angelegt ist. Hier und heute würde ein gütiger Greis das Wort nehmen, Jude zumal. So war Nachsicht geboten, wenn seine humanistische Gesinnung, manchen geläufig seit den Tagen der Weimarer Republik, sich diesmal etwas zornig ausnehmen mag. Wie auch immer, man hatte es mit einem Dichter der alten Schule zu tun, der letztthin wohlthuende Worte der Versöhnung finden würde. Hinter dem,

was er zu sagen hat, allein schon bei seinem Rang, mußte alles verblassen, ja verschwinden, was jene, die mit ihm ange-reist, wahrscheinlich im Sinne hatten. So gestimmt, erwartete das volle Haus ein Fossil.

Der Mann, dem jetzt mit Mitgefühl und Neugier alle Augen folgten, war in der Tat gebrechlich. Aber nach wenigen Sätzen merkte jeder, wie bedenklich, bald darauf, wie gefährlich die Gedanken waren, die er von sich gab. Ich hätte mich nicht gewundert, wenn das Dach des Hörsaals eingestürzt wäre, als er verkündete: „Wenn ich sagen soll, was ich bin, so sage ich, ich bin ein Ja-Sager. Ich bin ein ausgesprochener Ja-Sager, der zurückgekommen ist aus der Emigration in Palästina im Jahre 1948, nachdem sich 1945 der Hauptgrund unserer Niederlage hat beseitigen lassen: die Spaltung der Arbeiterschaft, weil eine geschlossene Arbeiterschaft unter Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht geschaffen wurde.“

Damit nicht genug. Er sprach davon, daß Deutschland gespalten ist, weil man sich im Gegensatz zur DDR in der BRD nicht an das Potsdamer Abkommen gehalten habe. Das war mehr als nur Ketzerie, die sich hätte einordnen lassen. Was vor aller Augen und Ohren geschah, war etwas anderes. Hier wurden die heiligsten Güter geschändet. Er stand da, etwas schwankend, doch völlig gelassen, fast selbstvergessen, überschritt nicht nur Grenzen, sondern steckte Grenzen ab, stellte Gegensätze klar und verdammte, was sich in dem Land wiederholte, wohin er eingeladen. Schlimmer noch, er fand sich eins mit dem Land, aus dem er kam, ohne irgendwelche Abstriche zu machen. Er orakelte nicht von zwei Experimenten oder Lebensformen, sondern sprach von zwei Wegen und Staaten wie von Fluch und Segen.

Der Beifall aus den vorderen Reihen war höflich. Man wußte dort, was sich gehört, Lautstärke eingeschlossen, und Protest hätte sowieso nur alles schlimmer gemacht. Aber hinten im Saal klatschte man frenetisch. Dort saßen die Studenten von der roten Couleur. Später fragte er mich, was ich zu seiner Rede meine. „Staatsmännisch“ antwortete ich. Er war mit sich einverstanden, besuchte noch eine Ausstellung und reiste zufrieden ab.

ISBN 3-932725-63-8, Preis 14,- DM
Bestellungen bei: GNN-Buchversand,
Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel.
(034204) 6 57 11, Fax (034204) 6 58 93

Heinz
Kamnitzer

Der Tod des
Dichters
Arnold Zweig

GNN
Verlag

Komara Dinan – Şermola

Ein kurdisches Theaterstück in zwei Akten nach der Erzählung von Helim Yusiv *Tote schlafen nicht*

Eine Produktion von *Teatra Jiyana Nû*
Mesopotamisches Kulturzentrum – Istanbul

„Die Verrücktheit ist eine Art Kraft, eine Art Freiheit, denn die Verrückten tragen nicht mehr die Ängste der Lebenden.“
(*Teatra Jiyana Nû*)

So sind es in *Komara Dinan - Şermola* die „Verrückten“, die die Normen der Gesellschaft, die Normen der „Normalen“ überschreiten und damit aus den sie erdrückenden traditionellen Gesellschaftsstrukturen ausbrechen.

Xanime (SamyeTunc) entspricht so gar nicht der ihr zugedachten Rolle als Frau, die stets lächeln und freundlich sein muß. Sie wird auch nicht abwarten, bis um ihre Hand angehalten wird, denn sie weiß, daß sie Sêxo (Nazmi Kirik) liebt und ihn zum Mann möchte.

Mamûn (Alisan Önlü) soll vom Imam der Teufel ausgetrieben werden, doch er bringt ihm nicht die gewohnte unterwürfige Ehrfurcht entgegen.

Azado (Feyyaz Duman) ist Maler und verzweifelt auf der Suche nach dem Bild Gottes, womit er strenge Regeln durchbricht, da er sich in unerlaubter Weise mit

Gott auseinandersetzt.

Mencolê (Güllü Özalp) die Mutter, trauert um ihr bei einem Anschlag verbranntes Kind, bis sie selbst das Feuer zur Waffe gegen die Gleichgültigkeit macht.

Bavê Babil (Erhan Yildirim) sucht nach dem historischen Satz von Şermola, nach der Wahrheit, und stößt damit auf ablehnendes Unverständnis.

Sie alle werden von den „Normalen“, von den „Lebenden“ als eine Gefahr empfunden; eine Gefahr, die ihre Normen hinterfragt, eine Gefahr, die Tabus durchbricht und zum Spiegel derselben wird. Denn die „Normalen“ sind es, die keinen Weg finden, mit dieser Direktheit umzugehen. Wer sind die eigentlichen Verrückten, oder was ist verrückt? *Şermola* gibt keine Antworten. *Şermola* wirft lediglich Fragen auf.

Den „Verrückten“ wird von den „Normalen“ jeglicher Wert abgesprochen, so daß sie als Tote gelten. Ein Kampf zwischen den Lebenden und den Toten beginnt, in dem die „Verrückten“ (die Toten) beginnen, ihre Freiheit gemeinsam zu verteidigen. Was vorher ein spontanes Aufbäumen einzelner war, wird nun zu organisiertem Handeln. Die Toten entscheiden sich für die Gründung von Şermola – der Republik der Verrückten, in der

Im Rahmen der Initiative Kulturbrücke findet vom 19.10. bis zum 15.11. eine Tournee der kurdischen Theatergruppe Jiyana Nû (Neues Leben) statt. In folgenden Städten sind Aufführungen, die durch eine Fotoausstellung über die Arbeitsbereiche der mesopotamischen Kulturzentren begleitet werden, geplant:

19.10. München, Theater Rechts der Isar
21.10. München, Fast-Food-Theater
25.10. Stuttgart, Feuerwehrhaus
27.10. Göttingen, Theater im OP
29.10. Hamburg, Musiktheater Reeperbahn
1.11. Berlin, Ort unbekannt
3.11. Heidelberg: Tikk-Theater im Karlstor
6.11. Reutlingen, Nepomuk Kulturverein
8.11. Lindau, Club Vaudeville
10.11. Wetzlar, Stadthaus am Dom
11/12.11. Lahnstein, Schule u. städt. Bühne
13.11. Köln, Arkadas-Theater
14.11. Bochum, Bahnhof Langendreer

alle, nach ihren eigenen Fähigkeiten, Aufgaben übernehmen und somit auch ihren Wert, ihr Leben zurückgewinnen ...

Hintergrund von *Komara Dinan - Şermola* ist die Erzählung von Helim Yusiv *Tote schlafen nicht*, welche von Ereignissen im syrischen Teil Kurdistans handelt. Das daraus entstandene kurdische Theaterstück handelt von alltäglichen Situationen, die in Kurdistan überall zu erleben sind. Die im Stück angesprochenen Unfreiheiten sind jedoch auch in anderen Gesellschaften zu finden, wenngleich die Gründe dafür verschieden sein mögen.

Die Darstellung der handelnden Personen gelingt *Teatra Jiyana Nû* mit viel Humor und Poesie. Aufschrei und Lachen, Kummer und Freude, Hilflosigkeit und Kampf liegen im ganzen Stück nah beieinander. Diese schwierige Gratwanderung wird von den Schauspielerinnen und Schauspielern mit beeindruckender Feinfühligkeit und Glaubwürdigkeit bewältigt.

Die Szenen handeln vom Alltäglichen, doch werden die Fragen der einzelnen zu Fragen der Menschheit. Diesen Zusammenhang herzustellen zwischen alltäglich Erlebtem und den eigenen Horizont Verlassendem, ist die Philosophie und die Kunst dieses Stückes. Und das ist sicherlich der Grund, weshalb *Teatra Jiyana Nû* mit *Komara Dinan - Şermola* sowohl bei der dörflichen Bevölkerung der Türkei und Kurdistans als auch in den Metropolen und bei intellektuellen Gehör findet und Impulse setzen kann.

In *Komara Dinan - Şermola* sind Merkmale verschiedener Stilrichtungen wie Komödie, Satire oder Groteske zu finden. Mit diesem Stück erreichte *Teatra Jiyana Nû* eine beachtliche Weiterentwicklung der eigenen Arbeit und trug maßgeblich zur Etablierung des kurdischen Volkstheaters bei. Der Begriff des Volkstheaters bezieht sich hierbei auf die Themenwahl der Stücke, die in der Bevölkerung bestehende Problematiken aufgreifen.

Britta Wente, Zentralkultur e.V.,
Stuttgart



Zur Theatergruppe Jiyana Nû:

Teatra Jiyana Nû wurde 1991 gegründet. 1992 wurde durch sie die erste kurdische Theaterschule eröffnet und damit der Grundstein des modernen kurdischen Theaters gelegt. In enger Zusammenarbeit mit professionellen SchauspielerInnen und RegisseurInnen wurden in mehrjähriger intensiver Arbeit 40 SchauspielerInnen der Theatergruppe Jiyana Nû ausgebildet. Bislang wurden in eigener Regie über 20 Stücke erarbeitet und aufgeführt. Der Faden, der sich durch die Stücke zieht, ist die Auseinandersetzung mit der alltäglichen gesellschaftlichen Realität in Kurdistan und in der Türkei. Nicht einseitig, sondern gerade in ihrer Widersprüchlichkeit werden die Charaktere der Personen dargestellt und in humorvoller Art Tabus aufgegriffen, was den ZuschauerInnen ermöglicht, das selbst täglich Erlebte zu hinterfragen.



Die Geschichte der NSDAP als Erfahrung für die Gegenwart

Es spricht:
Manfred Weißbecker,
Historiker, bis 1992
Prof. an der Friedrich-
Schiller-Universität, Jena

Rechte Formierung nach den Wahlen

Samstag,
21. November 1998,
13.30 Uhr
**Jugendgästehaus Köln-
Riehl, An der Schanz 14**

Veranstalter:
Herausgabekreis
Antifaschistische
Nachrichten



Gemeinsam gegen Rechts:
Rot-Grüne Politik –
Anhaltspunkte für die
antifaschistische
Bewegung?

Es spricht:
Bernhard Wagner,
Mitarbeiter von **Annelie**
Buntenbach,
(MdB, Bündnis 90/
Die Grünen)

13.–16. Oktober: Bundesjugendtreffen der PDS in Frankfurt (Oder)

16. Oktober: Bundeskongress der Jungen Liberalen in Berlin

23.–25. Oktober: 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn

30. Oktober: Tag der Erwerbslosen (Weltspartag), bundesweite Aktionen der Arbeitslosengruppen. Vorschläge der Initiativen zu Motto und Themen: „Arbeitslos und Niedriglohn sind das Sparschwein des Patron“ – „Der Euro macht die Banken reich, soziale Schranken bleiben gleich!“ – „Wir lassen uns nicht zur Sau machen!“ (mit echter Sau oder Sparschwein) – „Ob Euro oder deutsche Mark, das macht den Arbeitsmarkt nicht stark“

3.–22. November: Friedenswochen, Veranstaltungen der Friedensinitiativen

3. November: Wahlen zum US-Kongress

7. November: 80 Jahre Räterevolution 1918–1998, Veranstaltungen und Aktionen

9. November: Gedenken an die Reichspogromnacht, Mahnwachen und Veranstaltungen

9.–13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg

11.–16. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

27.–29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

29.–30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

5./6. Dezember 98: 4. Kasseler Friedensforum. Bundesweiter Ratschlag der Friedensbewegung

8. Dezember: SPD-Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europa-

wahl) in Saarbrücken

11./12. Dezember: EU-Gipfel in Wien – Europaweite Euromarsch-Aktivitäten dagegen

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

23./24. Januar 1999: Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosengruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

Mai 1999 Bürgerschaftswahl in Bremen

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

Juni 1999 Kommunalwahlen in Baden-württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

13. Juni 1999: Europawahlen

September/Okttober 1999: Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg, Saarland, Thüringen, Berlin

•

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart